



**Universität
Zürich** UZH

Masterthese
zur Erlangung des
Master of Advanced Studies in Real Estate

**Nutzen partizipativer Verfahren
aus Sicht der Projektentwickler**

Verfasserin: Barbara S. Herrgott
barbara@herrgott.ch

Eingereicht bei: Alice Hollenstein

Abgabedatum : 18. August 2014

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	VI
Executive Summary	VII
1 Einleitung.....	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Zielsetzung.....	2
1.3 Abgrenzung des Themas.....	2
1.4 Vorgehen.....	3
2 Theoretische Grundlagen und Stand der Forschung.....	5
2.1 Begrifflichkeiten und Definitionen	5
2.2 Theoretische Grundlagen	6
2.3 Partizipationsmethoden.....	10
2.4 Bisherige Studien zum Nutzen partizipativer Verfahren	12
3 Empirische Erhebung	14
3.1 Untersuchungsdesign	14
3.2 Ermittlung von Nutzen.....	17
3.3 Wahl der Stichprobe	19
3.4 Datenerhebung und Pretest	20
3.5 Datenaufbereitung und -analyse	22
3.6 Zusammensetzung der Stichprobe	25
4 Ergebnisse der empirischen Erhebung	26
4.1 Fakten partizipativ geführter Projekte	26
4.1.1 Projektziele	26
4.1.2 Projektgrösse, -lage und -nutzung	27
4.2 Motive zur Durchführung partizipativer Verfahren.....	28
4.2.1 Motive der Genossenschaften.....	28
4.2.2 Motive der Investoren.....	29
4.2.3 Motive der öffentlichen Hand.....	30
4.2.4 Zusammenfassung der Motive.....	31

4.3	Bestandteile angewandter partizipativer Verfahren.....	32
4.3.1	Ausgangslage und Zeitpunkt der Partizipation.....	32
4.3.2	Angewandte Partizipationsstufen	33
4.3.3	Angewandte Partizipationsmethoden	34
4.3.4	Partizipationsabläufe bei Genossenschaften.....	35
4.3.5	Partizipationsabläufe bei Investoren.....	36
4.3.6	Partizipationsabläufe bei der öffentlichen Hand	37
4.3.7	Rekrutierung der Beteiligten und Kommunikation der Ergebnisse.....	38
4.3.8	Organisation partizipativer Verfahren	40
4.4	Nutzen und Erfolgsfaktoren partizipativer Verfahren	40
4.4.1	Zufriedenheit mit der Beteiligung	40
4.4.2	Resonanz der Beteiligten zum Verfahren und Projekt	43
4.4.3	Nutzen der Verfahren	45
4.4.4	Eruierte Erfolgsfaktoren	48
5	Schlussbetrachtung	50
5.1	Fazit.....	50
5.2	Diskussion und Kritik der Methode.....	54
5.3	Ausblick	55
	Literaturverzeichnis	57
	Anhang.....	61

Abkürzungsverzeichnis

AG	Kanton Aargau
BE	Kanton Bern
BFS	Bundesamt für Statistik
BL	Kanton Basel-Landschaft
BS	Kanton Basel-Stadt
k.A.	keine Angabe
LU	Kanton Luzern
PBG	Planungs- und Baugesetz
SG	Kanton St. Gallen
SH	Kanton Schaffhausen
SO	Kanton Solothurn
StrG	Strassengesetz
Tab.	Tabelle
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Schematische Darstellung des Aufbaus der Arbeit	4
Abb. 2:	Eight Rungs on a Ladder of Citizen Participation	7
Abb. 3:	French Student Poster to explain the student-worker rebellion.....	8
Abb. 4:	Schematische Abbildung zum Begriff Mitwirkung und verschiedene Mitwirkungsstufen	9
Abb. 5:	Systematisches Vorgehen der empirischen Erhebung.....	14
Abb. 6:	Zusammensetzung der Stichprobe	25
Abb. 7:	Nutzungsverteilung der Projekte	27
Abb. 8:	Hauptmotive der Genossenschaften	28
Abb. 9:	Hauptmotive der Investoren	29
Abb. 10:	Hauptmotive der öffentlichen Hand	30
Abb. 11:	Hauptmotive aller Projektentwickler	31
Abb. 12:	Angewandte Partizipationsstufen	33
Abb. 13:	Angewandte Partizipationsmethoden	34
Abb. 14:	Rekrutierungsart zur Partizipation.....	38
Abb. 15:	Dokumentations- und Kommunikationsform der Ergebnisse	39
Abb. 16:	Organisation partizipativer Verfahren	40
Abb. 17:	Demografische, soziale und geografische Verteilung der Beteiligten	42

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Partizipationsmethoden	11
Tab. 2:	Harte und weiche Faktoren zur Ermittlung von Nutzen.....	18
Tab. 3:	Erhobene Variablen bei der Datenerhebung.....	21
Tab. 4:	Anzahl geführter Interviews und deren Brauchbarkeit.....	22

Executive Summary

Partizipation, im Sinne einer Bevölkerungsbeteiligung, wird in der Planungspraxis immer häufiger angewendet. Dies nicht zuletzt aufgrund der sozialräumlichen Entwicklung der Städte und immer wieder scheiternder Grossprojekte. Insbesondere drei Projektentwickler führen primär partizipative Verfahren durch: Wohn- und Baugenossenschaften, private und institutionelle Investoren sowie die öffentliche Hand. Mehrere Studien und Forschungsarbeiten befassen sich mit der Durchführung und Anwendung von Partizipation. Die Frage nach dem tatsächlichen Nutzen derartigen Prozesse ist durch die Literatur bislang nicht fundiert beantwortet worden und wird in der vorliegenden Arbeit untersucht. Um diesen Mangel auszugleichen, sind durch Befragungen mittels strukturierter Interviews Grösse, Lage und Nutzung der Projekte, die Motive zur Durchführung, die Partizipationsmethoden sowie der Nutzen und mögliche Erfolgsfaktoren von partizipativen Verfahren ermittelt worden.

Die Ergebnisse der Befragung mit 18 Projektentwicklern zu 20 verschiedenen Projekten in der Deutschschweiz belegen, dass Partizipation speziell bei komplexen Projekten mit unterschiedlichen Nutzungen und Schnittstellen angewendet wird. Die Hauptmotive zur Durchführung partizipativer Verfahren bestehen in Akzeptanzschaffung, Informations- und Wissensgenerierung sowie darin, eine Plattform für alle Anliegen zu bieten. Genossenschaften wollen zudem gemeinschaftlich ein Projekt entwickeln. Weiter zeigen die Ergebnisse, dass namentlich die Methoden Informationsveranstaltung, Echoraum und Workshop praktiziert werden. Der Nutzen von Partizipation offenbart, dass das Verständnis einerseits für das jeweilige Projekt und andererseits für den Planungsprozess deutlich erhöht und dadurch Akzeptanz geschaffen wurde. Die einzelnen Projekte konnten durch Anliegen und Bedürfnisse der Beteiligten verbessert und optimiert werden, die kritischen Stimmen konnten abgeholt, darauf reagiert und häufig umgestimmt sowie überzeugt werden. Bei den Genossenschaften wird zusätzlich durch Partizipation die Gemeinschaft unter den derzeitigen und zukünftigen Nutzern gestärkt.

Generell kann aus den Ergebnissen festgehalten werden, dass Partizipation ein komplexer Sachverhalt ist, eine präzise Organisation und Planung sowie einen gewissen Handlungsspielraum bei den Projekten voraussetzt. Insbesondere ist genau zu definieren, in welcher Phase und Form partizipiert werden sollte. Zudem ist die richtige und gezielte Kommunikation vor, während und nach Mitwirkungsverfahren ein wichtiges Element.

1 Einleitung

Zu Beginn der vorliegenden Arbeit wird die Problemstellung erörtert, Ziele dargelegt und das Thema eingegrenzt. Anschliessend wird das Vorgehen knapp beschrieben, um einen Überblick über den Aufbau der Arbeit zu erhalten.

1.1 Problemstellung

Mit dem Thema und speziell der Anwendung der Bevölkerungsbeteiligung/-mitwirkung (Partizipation) in der Planungspraxis beschäftigen sich zunehmend Investoren, Genossenschaften und die öffentliche Hand (nachfolgend zusammengefasst Projektentwickler¹ genannt), nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Bedeutung von sozialräumlicher Stadtentwicklung² und immer wieder scheiternder Grossprojekte in verschiedenen Städten, wie bspw. Stuttgart 21³ oder Hardturmstadion Zürich.

Grundsätzlich bedeutet Partizipation Beteiligung auf differenten Stufen und zielt primär auf die Schaffung von Akzeptanz und Konsumentenforschung im Sinne von Informations- und Wissensgenerierung ab. Um diese Ziele zu erreichen, werden immer häufiger im Bereich der Arealentwicklung, des öffentlichen Raums und für konkrete Projektvorhaben diverse Mitwirkungsverfahren durchgeführt und angewandt. Jedoch stellt sich die Frage, ob diese Ziele durch Partizipation erreicht werden können.

Immer mehr Studien und Forschungsarbeiten befassen sich mit der Durchführung und Anwendung von Partizipation. Dabei fällt bei der Analyse der vorliegenden Literatur auf, dass kaum Forschungsarbeiten existent sind, welche den tatsächlich eingetroffenen Nutzen nach einem partizipativen Verfahren analysiert und untersucht haben. Nach 15 Vorgesprächen mit Projektentwicklern und Anbietern von Mitwirkungsverfahren wurde die Ungewissheit, über das Eintreffen des erhofften Nutzens, bestätigt.

Partizipative Prozesse sind meist mit einem grossen Aufwand an Zeit und Ressourcen verbunden⁴ und um zukünftig eine gezielte, wirkungsvolle und erfolgreiche Partizipation mit allen Beteiligten durchführen zu können, erscheint es unter diesen Rahmenbedingungen relevant herauszuarbeiten, welche Motive Projektentwickler für den Einsatz derartiger Prozesse hatten und welchen Nutzen sie für sich generieren konnten.

¹ Im Text erfolgen aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit personenbezogene Ausdrücke ausschliesslich in maskuliner Form. Es sind stets beide Geschlechter gemeint.

² Vgl. Selle 2010, S. 357

³ Vgl. Selle 2011, S. 66

⁴ Vgl. Grüger et al. 2006, S. 539

1.2 Zielsetzung

Das Ziel der vorliegenden Arbeit besteht darin herauszufinden, was die Motive und der tatsächliche Nutzen des Einsatzes partizipativer Verfahren aus Sicht der unterschiedlichen Projektentwicklergruppen, Investoren, Genossenschaften und der öffentlichen Hand sind. Parallel dazu soll ermittelt werden, für welche Projekte Partizipationsprozesse angewendet werden und mit welcher Methode Projektentwickler diese Verfahren durchführen. Für die Beantwortung der Fragen werden folgende Forschungsfragen konkretisiert:

- Für welche Projekte werden primär partizipative Verfahren durchgeführt? (Was/wo?)
- Was sind die Motive zur Durchführung eines partizipativen Verfahrens? (Warum?)
- Welche Partizipationsmethoden/-arten werden in der Praxis angewendet? (Wie/wann/was?)
- Welcher Nutzen und welche Erfolgsfaktoren werden durch Partizipationsprozesse generiert? (Welche?)

1.3 Abgrenzung des Themas

Bei Bau- und Planungsprozessen wird generell zwischen einem gesetzlich geregelten (formellen) Mitwirkungsverfahren und einem freiwilligen Verfahren mit informeller Wirkung unterschieden.

Das formelle Mitwirkungsverfahren ist in Art. 4 des Bundesgesetzes für Raumplanung, in den kantonalen Planungs- und Baugesetzen (Bsp. Zürich § 309-314, 323 f. PBG) sowie im kantonalen Strassengesetz (Bsp. Zürich § 13,16 StrG) festgeschrieben. Im Zuge dieser Verfahren muss jedes Bauvorhaben und jeder Gestaltungsplan öffentlich aufgelegt werden. Die Bevölkerung hat dabei innerhalb einer gewissen Zeitdauer die Möglichkeit, Fragen zu stellen oder schriftliche Einwendungen zu dem jeweiligen Vorhaben vorzubringen.

Informelle Verfahren⁵ sind nicht gesetzlich verankert und gehen über die öffentliche Mitwirkung von formellen Verfahren hinaus. Die Bevölkerung wird aufgrund von bestimmten Eigenheiten, Erfordernissen oder Merkmalen von konkreten Bauvorhaben oder der Stadtentwicklung in den Planungsprozess eingebunden. An einem informellen Verfahren sind verschiedene Akteure beteiligt. Die Hauptakteure sind auf der einen Sei-

⁵ Vgl. Pahl-Weber 2010, S. 227-232

te die Projektentwickler und auf der anderen Seite die Bevölkerung. Die Einbeziehung der Bevölkerung findet mit unterschiedlichen Methoden und auf unterschiedlichen Stufen statt: Information, Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstverwaltung.

In der vorliegenden Arbeit werden unter Partizipation ausschliesslich die informellen Verfahren für Stadt-, Raumplanungs- und Bauprojekte aus Sicht der Projektentwickler verstanden, bei welchen die Bevölkerung an Planungsprozessen hinsichtlich der nachfolgenden Mitwirkungsstufen beteiligt ist: Information, Mitwirkung und Mitbestimmung. Selbstverwaltung, die letzte Stufe, wird nicht erörtert, da diese Ebene über Partizipation in der Planungspraxis hinausgeht und sich lediglich auf die Verwaltung des individuellen Eigentums beschränkt.⁶ Ebenso werden partizipative Verfahren ausgeschlossen, die lediglich mit Volksvertretern aus unterschiedlichen Parteien geführt werden, da keine direkte Teilnahme der Bevölkerung stattfindet.

Partizipation ist dabei nicht zu verwechseln mit kooperativen Verfahren zwischen den Städten und privatrechtlichen Unternehmen, welche nicht Bestandteil dieser Arbeit sind.

1.4 Vorgehen

Anhand einer ausführlichen Literaturrecherche werden die theoretischen Grundlagen und der Stand der Forschung zur Partizipation im zweiten Kapitel aufgezeigt. Dabei werden zuerst Begrifflichkeiten vorgestellt und differente Partizipationsmethoden aufgeführt. Des Weiteren erfolgt ein Einblick in bisherige Studien zum Nutzen von partizipativen Verfahren. Im dritten Kapitel erfolgt im Untersuchungsdesign eine Auseinandersetzung mit der qualitativen Forschungsmethodik strukturierter Interviews. Neben dem Untersuchungsdesign und der Wahl der Stichprobe werden die Ermittlung von Nutzen sowie die Datenerhebung mit Pretest dargestellt. Anschliessend wird die Datenaufbereitung und -analyse sowie die Eigenschaften der Daten aufgezeigt. In Kapitel 4 werden die Ergebnisse der empirischen Erhebung und deren Interpretation dargelegt und bilden den Hauptteil der Arbeit. Es wird thematisiert, für welche Projekte primär Partizipationsprozesse angewendet werden, welche Motive die Projektentwickler zur Durchführung partizipativer Verfahren haben und ob sich die unterschiedlichen Projektentwickler in ihren Motiven unterscheiden. Nachfolgend werden die in der Praxis angewendeten Partizipationsstufen, -methoden und Organisationsstrukturen aufgezeigt. Der Schwerpunkt des Kapitels befasst sich mit der Nutzenanalyse und den Erfolgsfaktoren von Partizipationsprozessen.

⁶ Vgl. Cabane 2008, S. 24

Im abschliessenden Kapitel werden die wichtigsten Erkenntnisse der empirischen Erhebung im Fazit resümierend zusammengefasst. Nach einer kritischen Beurteilung der angewendeten Methode und der daraus resultierenden Ergebnisse wird ein Ausblick für weitere Studien dargelegt.

Abbildung 1 gibt einen schematischen Überblick über den Aufbau der Arbeit.

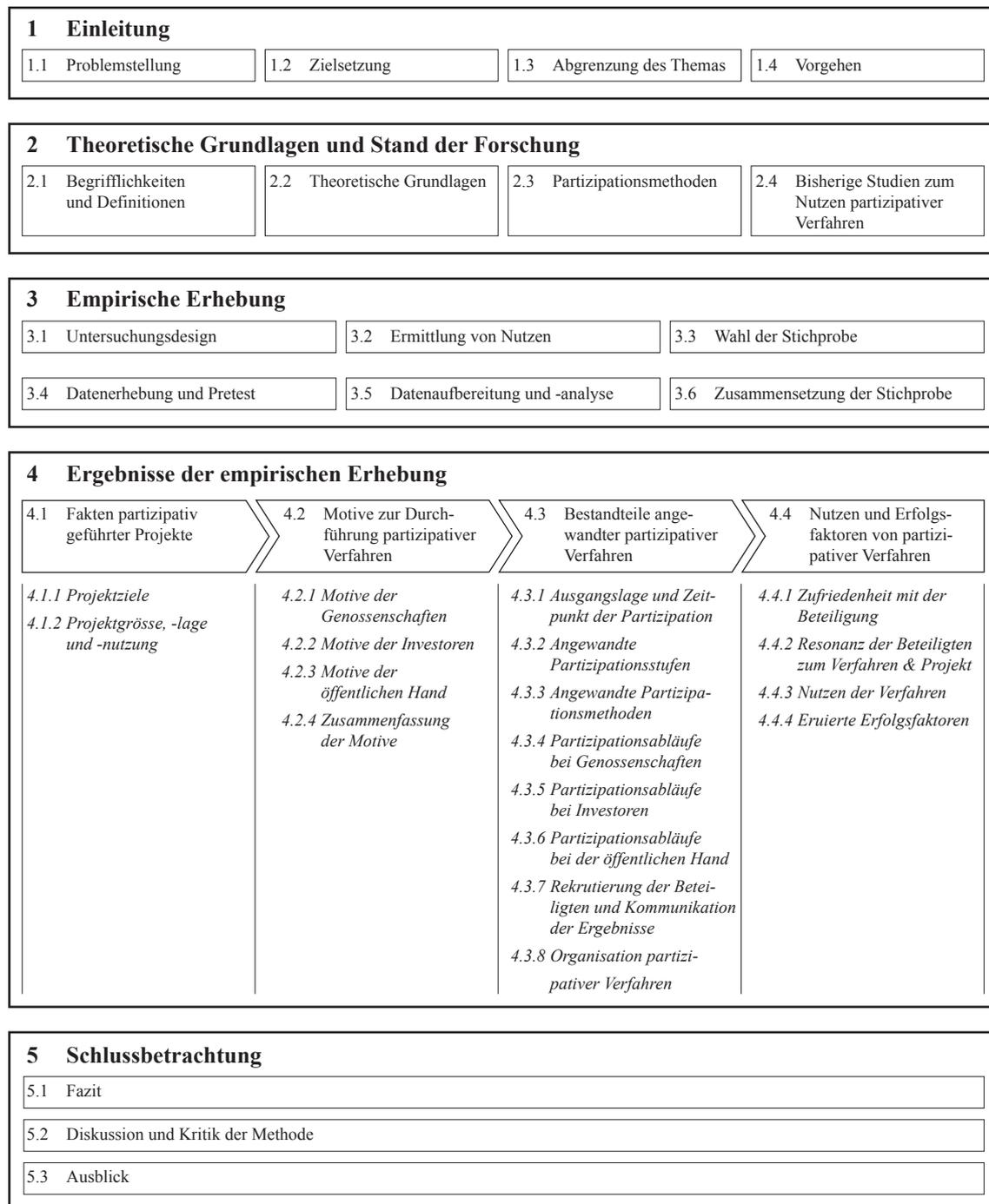


Abb. 1: Schematische Darstellung des Aufbaus der Arbeit

2 Theoretische Grundlagen und Stand der Forschung

Mit dem Thema und primär der Anwendung von Partizipation befassen sich diverse Studien. Dabei beschäftigt sich die Mehrzahl der Publikationen mit unterschiedlichen Anwendungsformen und Herangehensweisen der Verfahren und es fließen Faktoren aus unterschiedlichen Bereichen wie der Planung, der Kommunikation, der Öffentlichkeit, der Akzeptanz und des Wissenstransfers ein. In den folgenden Abschnitten soll ein Überblick über bisherige Studien vermittelt und dargelegt werden, dass sich bisher nur ein kleiner Teil mit dem Thema ‚Nutzen partizipativer Verfahren‘ beschäftigt hat.

2.1 Begrifflichkeiten und Definitionen

Im Folgenden werden verwendete und bedeutsame Begriffe der vorliegenden Arbeit erläutert und definiert.

Partizipation:

Beteiligung von Stakeholder, wie einzelne Bürger, Interessensvertreter, Quartiervereine oder zukünftige Nutzer an einem Planungsvorhaben in Form von informieren, mitwirken oder mitbestimmen.

Partizipationsstufen⁷ (Grad der Mitwirkung in einem Partizipationsprozess):

- *Information* (informieren): Die Beteiligten werden über Planungsvorhaben und Aktivitäten informiert, haben aber keinen Einfluss darauf.
- *Mitwirkung* (konsultieren): Die Beteiligten können ihre Meinung zu einem Planungsvorhaben abgeben und mitwirken, aber nicht mitbestimmen.
- *Mitbestimmung* (kooperieren): Die Beteiligten können in Zusammenarbeit mit allen Akteuren bei Planungsvorhaben aktiv mitgestalten und -bestimmen.

Projektentwickler:

Als Projektentwickler werden diejenigen bezeichnet, welche Planungsvorhaben entwickeln und partizipative Verfahren anwenden. In der vorliegenden Arbeit werden die Projektentwickler in drei Gruppen unterteilt:

- *Bau- und Wohngenossenschaften*: gemeinnützige Wohnbauträger, welche sich mit der Schaffung von günstigem Wohnraum für ihre Mitglieder befassen

⁷ Vgl. Arbter 2012b, S. 11; Bischoff et al. 2001, S. 18-19; Selle 2000, S. 37-57; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2012, S. 28-29

- *private und institutionelle Investoren*: Immobilien(aktien)gesellschaften, Pensionskassen, Finanzinstitute, Versicherungen und Bau- und Immobiliendienstleister
- *die öffentliche Hand*: Städte, Gemeinden und Kantone

Beteiligte:

Als Beteiligte von Partizipationsprozessen werden nicht die Initianten der Verfahren bezeichnet, sondern zukünftige Nutzer des Projekts, Nachbarn, Interessierte aus der Bevölkerung, Interessensvertreter, Quartiervereine etc.

Akteure:

Alle an einem partizipativen Verfahren involvierten Personen werden mit dem Oberbegriff der Akteure bezeichnet: Beteiligte, Projektentwickler, Planer und Behörden.

2.2 Theoretische Grundlagen

Die Forschung der Partizipation im deutschsprachigen Raum wurde bereits nach dem Ende des zweiten Weltkriegs im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Städte und der Kulturforschung signifikant geprägt. Die studentischen Protestbewegungen Ende der 60er Jahre, die Bürgerprotestbewegungen der 70er Jahre und die Forderung nach stärkerer Repräsentation benachteiligter Bevölkerungsgruppen weiteten den Blick dafür, dass ebenfalls alternative Formen von Meinungs- und Entscheidungsbildung angesehen werden können und müssen.⁸

Wie von Selle⁹ beschrieben, galt die Stadtentwicklung lange Zeit als Disziplin der öffentlichen und kommunalen Hand sowie der Fachleute des Städtebaus. Diese Sichtweise begann sich im Verlauf der 80er Jahre zu ändern, als festgestellt wurde, dass wesentliche Aufgaben nicht ohne die Mitwirkung von Anderen zu bewältigen sind. Die Anderen, insbesondere die Bürger wurden in ihren Quartieren meist auf sozialräumlicher Art immer aktiver und es zeigte sich, dass die Bevölkerung aufgrund ihres Standortverhaltens auf die Stadtentwicklung in sozialer und kultureller Weise einwirkt. Die Bevölkerung wurde nicht mehr als Störpotenzial gesehen, sondern man erkannte zunehmend in ihr das Potenzial der Mitgestaltung. Stadtentwicklung ist heutzutage ein Zusammenspiel aus vielen Akteuren auf soziokultureller, ökonomischer und baulicher Ebene.¹⁰

⁸ Vgl. Rösener und Selle 2005a, S. 287-290

⁹ Vgl. Selle 2013, S. 45-57

¹⁰ Vgl. Selle 2013, S. 41

Gemäss Arbter¹¹ findet Partizipation lediglich dann statt, wenn sich sämtliche Akteure, wie Bürger, Organisationen, Fachöffentlichkeit, Verwaltung, Politik und Unternehmer beteiligen. Um diese Vielzahl von Beteiligten richtig einzubinden und vor allem deren Bedürfnisse sowie Anliegen richtig abzuholen, ist es essenziell, den Begriff der Partizipation richtig einzuordnen.

Wie Selle¹² beschreibt, wird Partizipation im Sinne von Mitwirkung meist als sehr weiter Begriff verstanden. Die Interpretation reicht von ‚informiert werden‘ bis hin zu ‚mitbestimmen können‘ und deshalb ist es von grosser Bedeutung, präzise zu definieren und zu kommunizieren, wie weit die Mitwirkung reicht.

Genau diese Problematik stellte die US-amerikanische Partizipationsforscherin Arnstein¹³ in der Frühzeit der Partizipationsdiskussionen mit ihrer Beteiligungsleiter „A Ladder of Citizen Participation“ in ihrem gleichnamigen Aufsatz 1969 fest. Um eindeutig darzustellen, wann für Arnstein Partizipation stattfindet, illustriert sie auf nachfolgender Leiter (Abb. 2) die Intensität von Partizipation: Von der Nichtbeteiligung auf der untersten bis hin zur vollständigen Entscheidungsmacht in den Händen der Bürger auf der obersten Stufe.

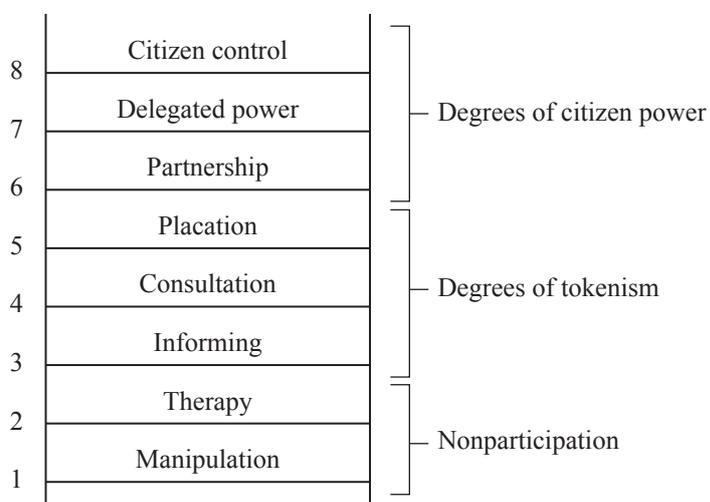


Abb. 2: Eight Rungs on a Ladder of Citizen Participation, Arnstein (1969), S. 217

Die Forscherin sieht Partizipation erst ab der sechsten Stufe – alle anderen Stufen bezeichnet sie als Nicht-Partizipation oder Alibiaktion (Degrees of tokenism). Aus diesem Aufsatz geht hervor, dass Partizipation in ihrem Sinne häufig falsch verwendet wird.

¹¹ Vgl. Arbter 2012b, S 10

¹² Vgl. Selle 2013, S. 57

¹³ Vgl. Arnstein 1969, S. 216

Wenn es zur Beteiligung kommt, ist oft festzustellen, dass Partizipation nur den Status Quo verfestigen möchte. Diese Sichtweise hält für sie ein französischer Student zur Erklärung der studentischen Protestbewegung 1968 auf einem Poster treffend fest (siehe Abb. 3): „[...] This poster highlights the fundamental point that participation without redistribution of power is an empty and frustrating process for the powerless. It allows the powerholders to claim that all sides were considered, but makes it possible for only some of those sides benefit. It maintains the status quo. [...]“.¹⁴



Abb. 3: French Student Poster to explain the student-worker rebellion, in: Arnstein (1969), S. 216

Dieser Artikel von Arnstein verdeutlicht, dass Partizipation auf unterschiedlichste Art gedeutet werden kann. Begriffe, welche mit Partizipation in Verbindung gebracht werden, sind häufig Information, Mitwirkung und Beteiligung. Aus diesem Grund ist es von zentraler Bedeutung, dass partizipative Prozesse eine präzise Definition des Mitwirkungsgrads aufweisen sollten.¹⁵

¹⁴ Arnstein 1969, S. 216

¹⁵ Vgl. Selle 2000, S. 165-167

Folgende angepasste Grafik (Abb. 4) der Stadtentwicklung Zürich¹⁶ zeigt, wie weit der Begriff der Mitwirkung reichen kann und welche Partizipationsstufen heute in der Literatur und vor allem auch in der Planungspraxis zu finden sind.¹⁷

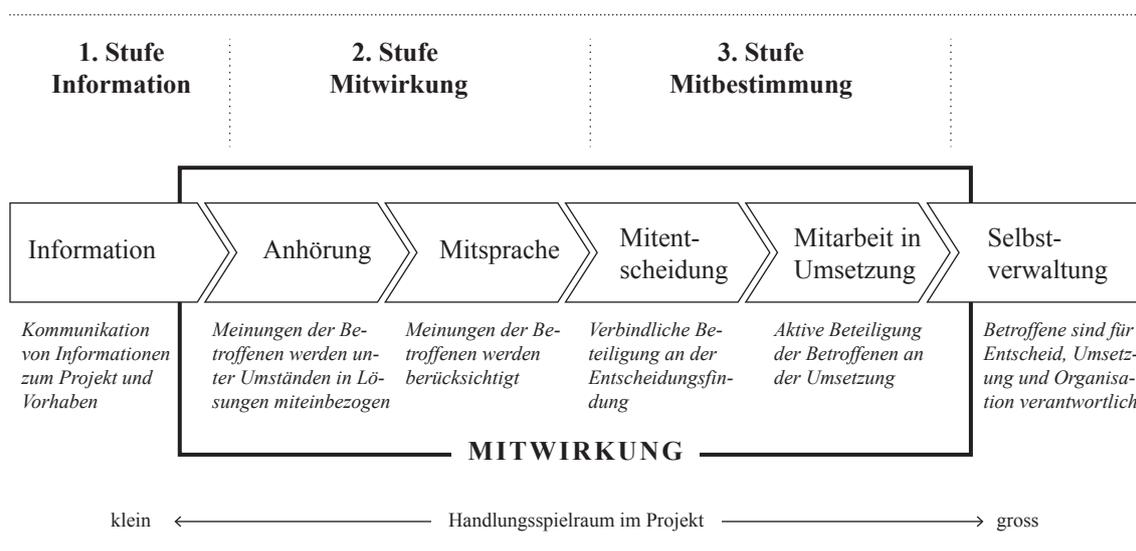


Abb. 4: Schematische Abbildung zum Begriff Mitwirkung und verschiedene Mitwirkungsstufen, in Anlehnung an Stadtentwicklung Zürich (2006), S. 6

Diese Stufen sind im Unterschied zu Arnstein nicht als qualitativ aufsteigende Abfolge zu verstehen, sondern bauen aufeinander auf. Die Informationsstufe als niedrigste Stufe der Partizipation ist Grundvoraussetzung für sämtliche weiteren Stufen.

Die Komplexität ebendieser Stufen, bei welchen die Übergänge zumeist fließend sind, zeigen, wie essenziell eine klare und transparente Kommunikation ist. Wie Rösener und Selle¹⁸ aufzeigen, steht die richtige Kommunikation an erster Stelle und muss vor allem gestaltet sein. Vor und während jedes Partizipationsprozesses müssen der Grad und das Ziel der Mitwirkung eindeutig den Beteiligten kommuniziert werden, damit keine falsche Erwartungshaltung entsteht.

Bei jeder Stufe der Beteiligung kann mit unterschiedlichen Partizipationsmethoden (Kapitel 2.3) operiert werden, welche je nach Art der Durchführung einen engeren oder grösseren Kreis der Mitwirkung zulassen und vor allem die Primärziele der Partizipation, Akzeptanzschaffung und Konsumentenforschung verfolgen.

¹⁶ Vgl. Stadtentwicklung Zürich 2006, S. 6

¹⁷ Vgl. Arbter 2012b, S. 11; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2012, S. 28-29; Nanz und Fritsche 2012, S. 23

¹⁸ Vgl. Rösener und Selle 2005b, S. 11-13

2.3 Partizipationsmethoden

Die Literatur zeigt eine Vielzahl von Partizipationsmethoden, welche im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen durchgeführt werden. Nachfolgend wird eine Auswahl der am häufigsten angewendeten Methoden aufgezeigt, in welcher Partizipationsstufe diese primär zur Anwendung kommen und welche Ziele die unterschiedlichen Methoden verfolgen (Tab. 1).¹⁹

Verfahren (Teilnehmerzahl)	Beschreibung	Ziel	Information	Mitwirkung	Mitbestimmung
<i>Aktivierende Befragung</i> (beliebig)	Einholen von Meinungen und Wünschen Aktivierung der Befragten	Sammlung von Ideen und Wünschen		x	
<i>Arbeitsgruppen</i> (max. 15 Personen)	Engagiertes, strukturiertes Erarbeiten von Ergebnissen zu vordefinierten Fragen oder Themen zusammen mit Fachleuten Meist in mehreren Treffen über einen längeren Zeitraum Vertiefung von Ideen und Vorschlägen zu umsetzungsfähigen Lösungen	Gemeinsames Sammeln und Planen konkreter Vorschläge sowie umsetzungsfähigen Lösungen in vertieften Themen		x	x
<i>Ausstellung</i> (beliebig)	Ideen- oder Projektwettbewerbe werden ausgestellt Informationen werden im öffentlichen Raum in Form von Plakaten präsentiert	Besucher können sich informieren Austausch mit anderen Besuchern	x		
<i>Ausstellung geführt</i> (beliebig)	Analog zur Ausstellung Projektverantwortliche erläutern Projekte und beantworten Fragen der Besucher	Besucher werden über Vor- und Nachteile der Projekte informiert und können ihre Anliegen äussern	x	(x)	
<i>Begleitgruppen</i> (max. 20 Personen)	Gruppe aus ausgewählten Personen und Fachleuten zur Begleitung eines Projekts Reflektieren und hinterfragen von bestimmten Themen	Gezielte Projektführung Distanzierter Blick für das Projekt bewahren		x	x
<i>Denkwerkstatt / geschlossener Workshop</i> (10-50 Personen)	Intensive und ergebnisorientierte themenbezogene Auseinandersetzung in verschiedenen Gruppen mit Moderation Weiterentwicklung zu konkreten Massnahmen	Gemeinsam Ideen entwickeln Gezielte Erarbeitung von Lösungen		x	x
<i>Echoraum/-abend</i> (beliebig)	Vorstellung der Projekte, Vorhaben oder konkrete Themen an einem Abend Oft werden daraus Arbeitsgruppen gebildet	Resonanz und Meinungen gezielt abholen		x	

¹⁹ Vgl. Arbter 2012a, S. 26-51; Arbter 2012b, S. 60-97; Ley und Weitz 2009, S. 51-288; Selle 2000, S. 163; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2012 S. 321-331

Verfahren (Teilnehmerzahl)	Beschreibung	Ziel	Information	Mitwirkung	Mitbestimmung
<i>Ideentage / offener Workshop</i> (10-100 Personen)	Einsatz unterschiedlicher Arbeitsinstrumente für die Entwicklung von neuen Ideen und Lösungen Moderiertes Erarbeiten und Hinterfragen von realisierbaren neuen Ideen Gezieltes Abholen von Anliegen zu einem bestimmten Thema Artikulieren von Bedürfnissen	Eruierung umsetzungsreifer Ideen und bestimmter Anliegen		x	
<i>Informations- veranstaltung</i> (beliebig)	Informationsveranstaltung Bis zu einem gewissen Grad Diskussionsplattform für Anliegen und Probleme	Projektorientierte Informationsvermittlung Angebot eines Diskussionsforums	x		
<i>Onlinedialog</i> (beliebig)	Offene, anonyme und barrierefreie Onlinebefragung mit Diskussionsplattform Fehlender Ortsbezug kann durch Kombination von weiteren Methoden kompensiert werden	Zeitlich und örtlich unabhängiger Meinungs- und Ideenaustausch Ideenentwicklung, Veröffentlichung und Vernetzung in kurzer Zeit	x	x	
<i>Ortsbegehung</i> (max. 30 Personen)	Visuell unterstützende Bestandsaufnahme durch geführte Informationsrundgänge vor Ort Direkter Ideen- und Meinungsaustausch zwischen Teilnehmenden und Fachleuten	Veranschaulichung von Planungsprozessen Herstellung lokaler Bezüge	x	x	
<i>Planning for Real</i> (beliebig)	Diskussion anhand eines städtebaulichen Modells über die Stärken und Schwächen des Ist-Zustandes	Ermittlung von Defiziten und Potenzialen der Stadtgebiete		x	x
<i>Planungszelle</i> (max. 30 Personen)	Zufällig ausgewählte Bürger bearbeiten stadtplanerische Probleme an mehreren Tagen	Beantwortung von stadtplanerischen Fragestellungen aus Laiensicht		x	x
<i>Runder Tisch</i> (15-30 Personen)	Konfliktlösung mit gleichberechtigten Vertretern unterschiedlicher Interessensgruppen	Konsens- und Lösungsfindung zwischen divergierenden Interessen Präventiv um Konflikten vorzubeugen			x
<i>Schriftlicher Dialog</i> (beliebig)	Meinungen und Anliegen können schriftlich an die entsprechenden Projektverantwortlichen gerichtet werden	Offene und anonyme Meinungsäußerung Ideen generieren und Anliegen eruieren		x	
<i>Zukunfts- konferenz</i> (30-80 Personen)	Teilnehmende erarbeiten strukturiert in mehreren Phasen Massnahmen zukunftsorientierter Handlungspläne: beginnend mit einer Reflektion vergangener Entwicklungen, über die Analyse gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen bis hin zu einer daraus entwickelten Vision	Gemeinsames strategisches visionäres Planen mit möglichen Neuorientierungen		x	

Tab. 1: Partizipationsmethoden

2.4 Bisherige Studien zum Nutzen partizipativer Verfahren

Die meisten der bisher zitierten Publikationen befassen sich primär mit der Anwendung und Durchführung von Partizipation, bewährten und neuen Partizipationsmethoden, Kriterien zur Wahl der richtigen Methode sowie der Kommunikation während der Partizipation. Nur am Rande der jeweiligen Arbeiten wird ein möglicher Nutzen von partizipativen Prozessen erwähnt, jedoch kaum wissenschaftlich belegt.

Bürgerbeteiligung und Mitwirkungsverfahren finden in der aktuellen Zeit auf verschiedensten Stufen und in jedem Bereich statt. Es wird überall zur Mitwirkung aufgerufen, jedoch sollte der Grundsatz ‚Mitwirkung mit Wirkung‘ verfolgt werden und nicht am Ende eine ‚Mitwirkung ohne Wirkung‘ entstehen. Auch Stein und Stock²⁰ fragen in ihrem Artikel „Erfolg ist relativ!“ aufgrund der Fülle von Beteiligungsverfahren nach der Wirkung der divergenten Prozesse. Sie untersuchen anhand von zwei Innenstadtentwicklungsprojekten den Erfolg der Verfahren und stellen fest, dass Erfolg relativ ist, da die Sichtweisen für ein partizipatives Verfahren und die damit verbundenen Ziele der einzelnen Akteure sehr unterschiedlich sind. Damit Partizipationsprozesse einen Erfolg verzeichnen, stellen Stein und Stock²¹ fest, dass vor allem die Erfolgskriterien für den jeweiligen Prozess zusammen mit den Akteuren angepasst werden müssen, die Veranstaltungen mit einem kleinen und konstanten Kreis an Teilnehmern durchzuführen sind und dass die Prozesse, Ergebnisse, Ziele und Vorhaben regelmässig reflektiert werden sollten. Jedoch ruht der Fokus der beschriebenen Analyse auf den Erfolgskriterien von partizipativen Verfahren und der tatsächlich generierte Nutzen wird nicht präzise bestimmt. Auch in diversen politischen Veröffentlichungen von Gemeinden und Städten werden Erfolgsfaktoren von Mitwirkungsverfahren – wie bspw.: Informationen transparent darstellen, Vertrauen aufbauen, Ergebnisse in Entscheidungsprozesse einbinden, Dialogkultur führen, Bevölkerung ernst nehmen und anhören, klare und offene Kommunikation auf Augenhöhe, Gestaltungsspielraum wie Ziele und Einflussmöglichkeiten – aufgezeigt.²² Allerdings fehlt auch hier die Verknüpfung mit der Wirkung der erwähnten Kriterien und der Frage welcher Nutzen durch deren Einhaltung generiert werden kann.

Selle²³ befasst sich in einer seiner Publikationen mit der Fülle von Mitwirkungsverfahren und deren Wirkung. Er wählt den Titel „Participatainment, oder: Beteiligen wir uns zu

²⁰ Vgl. Stein und Stock 2005, S. 302-309

²¹ Vgl. Stein und Stock 2005, S. 309

²² Vgl. Dialog schafft Zukunft 2012, S. 12; Arbter 2012a, S. 17; Arbter 2012b, S. 18

²³ Vgl. Selle 2013, S. 275-308

Tode?“, in Anlehnung an Neil Postmans Buch „Wir amüsieren uns zu Tode“²⁴, in welchem Postman die Angleichung der Politik an das Show Business mit „Infotainment“ beschreibt. Selle zeigt auf, dass auf fast jeder Ebene, in fast jeder Form jegliche partizipative Verfahren eingesetzt werden, um einerseits das Gewissen zu beruhigen und andererseits Aufmerksamkeit zu generieren. Jedoch bleiben die Ergebnisse derartiger Verfahren am Ende häufig ohne wesentlichen Einfluss.²⁵ Die Frage, ob partizipative Verfahren tatsächlich einen Nutzen generieren oder wie sie dafür zum Einsatz kommen sollten, ist in der aktuellen Forschung eine grundlegende Leerstelle, wie Selle konstatiert.²⁶ Verschiedene Städte, Gemeinden oder Regionen²⁷, wie bspw. die Stadtentwicklung Zürich, setzen sich mit einem möglichen Nutzen von Mitwirkungsverfahren auseinander, welche lediglich Faktoren umschreiben, was von dem Einsatz von Mitwirkungsverfahren erhofft wird:

- Konflikte lösen und Kompromisse finden
- Akzeptanz erhöhen
- Neue Ideen kennenlernen
- Vertrauen aufbauen
- Vermindern des Risikos von Einsparungen
- Wissen vor Ort einbinden
- Betroffene zu Beteiligten machen
- Identifikation mit der Lösung erhöhen

Literatur und Forschung bieten bislang wenig Aufschluss hinsichtlich des tatsächlichen Nutzens von partizipativen Verfahren und insbesondere, wie diese anzuwenden sind, um den entsprechenden Nutzen generieren zu können. Aufgrund dieser Ausgangslage und vor allem aufgrund der immer häufiger auftretenden Mitwirkungsverfahren erscheint die Untersuchung des tatsächlich eintretenden Nutzens als elementar. Da die vorliegende Arbeit das Feld des Nutzens von partizipativen Verfahren empirisch untersucht, wird es in der Auswertung der Erhebung (Kapitel 4) interessant sein, ob die diversen Nutzenannahmen und die erwähnten Erfolgsfaktoren bestätigt werden können.

²⁴ Vgl. Postman 2008

²⁵ Vgl. Selle 2006, S. 512

²⁶ Vgl. Selle 2013, S. 203-224

²⁷ Vgl. Arbter 2012a, S. 14-16; Arbter 2012b, S. 8; Selle 2005, S. 396-399; Stadtentwicklung Zürich 2006, S. 7

3 Empirische Erhebung

Zu Beginn dieses Kapitels wird im Untersuchungsdesign die Wahl der qualitativen Forschungsmethode mithilfe strukturierter Interviews beschrieben. Die darauf folgenden Teile thematisieren die Ermittlung von Nutzen, die Wahl der Stichprobe und das Vorgehen der Datenerhebung mit Pretest. Den Prozess der Datenaufbereitung und -analyse sowie die Zusammensetzung der erhobenen Stichprobe werden abschliessend aufgezeigt.

3.1 Untersuchungsdesign

Wie aus der in Kapitel 2 durchgeführten Literaturrecherche und aus mehreren Vorgesprächen ersichtlich wurde, kann der Nutzen von partizipativen Verfahren nicht durch einen quantitativen Zugang ermittelt werden. Da durch die vorliegende Thesis der Nutzen von partizipativen Verfahren herausgefunden werden soll und vor allem das dafür notwendige Material nicht numerisch, mit quantifizierbaren Faktoren, erfasst werden kann, sondern auf verbalen Daten basiert, muss ein qualitativer Ansatz gewählt werden. Insbesondere soll durch die Untersuchung eine Theorie entdeckt und nicht eine bestehende überprüft werden, was gemäss Brüsemeister²⁸ ein Indikator für qualitative Forschung ist. Nachfolgende Grafik (Abb. 5) zeigt das systematische Vorgehen der empirischen Erhebung.²⁹

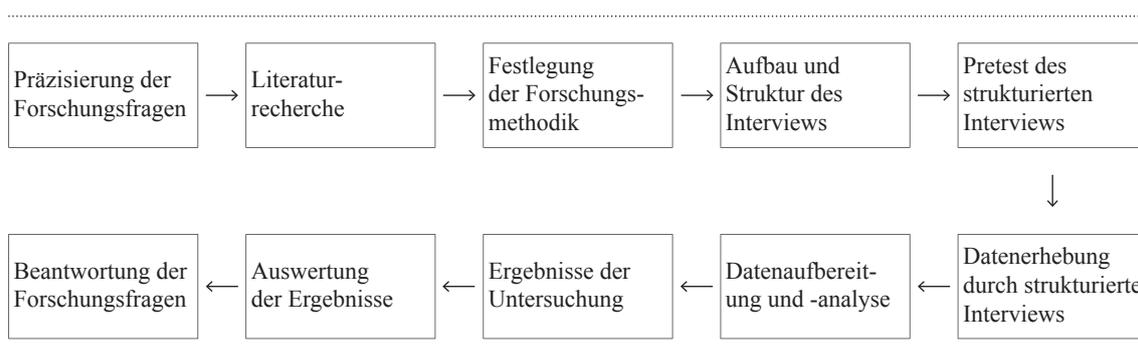


Abb. 5: Systematisches Vorgehen der empirischen Erhebung

In der empirischen Sozialforschung wird bei den Methoden zur Datenerhebung zwischen Beobachtung, Befragung und Inhaltsanalyse unterschieden.³⁰ Um eine Inhalts- und Datenanalyse durchführen zu können, wären mindestens je fünf vergleichbare Pro-

²⁸ Vgl. Brüsemeister 2008, S. 48

²⁹ Vgl. Gläser und Laudel 2010, S. 35

³⁰ Vgl. Häder 2010, S. 187-337

jekte, welche mit und ohne Partizipationsprozess geführt wurden, vonnöten. Da im vorliegenden Fall keine objektive Masse von vergleichbaren Projekten zur Analyse des Nutzens von partizipativen Verfahren existiert, ist eine Neuerhebung unumgänglich. Ebenfalls ist der Nutzen derartiger Prozesse schwer beobachtbar und aufgrund des zeitlichen Rahmens der Arbeit entfällt die Möglichkeit einer Beobachtung. Auf dieser Ausgangslage wird darauf abgezielt, die Thematik anhand von persönlichen Befragungen mit strukturierten Interviews³¹ zu erheben, um konkrete Antworten auf die formulierten Forschungsfragen zu erhalten.

Inhaltlich wurde bezüglich der vorgängigen Literaturrecherche das strukturierte Interview aufbauend gestaltet. Dies bedeutet, dass während der Befragung der gesamte Prozess der Partizipation von Anfang bis Ende durch den Interviewpartner reflektiert und die entsprechenden Fragen aufeinander aufbauend beantwortet werden. Diese Reflektion des gesamten Verfahrens durch die Gespräche wurde anschliessend mehrfach bestätigt. Einige der Subfragen der Forschungsfragen konnten vorgängig kategorisiert und somit geschlossen formuliert werden, um bei der Auswertung eine bessere Vergleichbarkeit gewährleisten zu können. Die geschlossen formulierten Fragen enthalten zusätzlich eine frei formulierbare Antwortmöglichkeit.

Der Aufbau des Interviews gliedert sich wie folgt in vier Teile, um jede Forschungsfrage beantworten zu können:

1. Für welche Projekte werden primär partizipative Verfahren durchgeführt?
2. Was sind die Motive zur Durchführung eines partizipativen Verfahrens?
3. Welche Partizipationsmethoden/-arten werden in der Praxis angewendet?
4. Welcher Nutzen und welche Erfolgsfaktoren werden durch Partizipationsprozesse generiert?

Im ersten Teil werden durch Subfragen personenbezogene Angaben und Fakten zum Projekt abgefragt. Mithilfe des zweiten Teils werden die Motive der Projektentwickler zur Durchführung eines partizipativen Verfahrens erhoben. Im dritten Fragenteil werden die jeweils angewandte Partizipationsmethode, -stufe und der Zeitpunkt der Mitwirkung eruiert. Anschliessend wird im vierten Teil versucht, Nutzen und Erfolgsfaktoren von Partizipationsprozessen zu ermitteln. Die Fragen des strukturierten Interviews befinden sich in Anhang 1.³²

³¹ Vgl. Copley 2011, S. 139-140; Gläser und Laudel 2010, S. 38-43

³² Die zusammengefassten und anonymisierten Interviews sind aufgrund des Datenumfanges nicht im Anhang beigefügt und können bei der Verfasserin angefragt werden.

Die Interviews werden anhand eines konkreten Projekts der Entwickler durchgeführt, welches der entsprechende Interviewpartner selbst geleitet hatte oder in anderer Weise am Prozess beteiligt war. Das Interview wird jeweils nur für ein konkretes Projekt beantwortet, um eine höhere Vergleichbarkeit unter den einzelnen Projekten und dem damit verbundenen Nutzen herzustellen zu können. Sollte der Interviewpartner mehrere Projekte durchgeführt haben, so wird pro Projekt ein Interview aufgezeichnet.

Die Wahl der qualitativen Forschungsmethodik mit strukturierten Interviews ist unter anderem mit gewissen Nachteilen verbunden, da die erhobenen Daten nicht in Form einer Matrix und mit Zahlen hinterlegt gemessen und quantifiziert werden können. Probleme bei mündlich geführten Interviews zeigen sich hauptsächlich bei der geringen Teilnahmebereitschaft, dem damit verbundenen hohen Zeitaufwand und dem Risiko einer möglichen Einflussnahme des Interviewers auf das Ergebnis.³³

Ein weiteres Problem von strukturierten Interviews ist, dass nur erschwert Zusatzinformationen generiert werden können, da das Gespräch zu sehr an der Struktur der Befragung festgehalten wird. Dem wird entgegengewirkt, indem den Interviewpartnern jeweils die Forschungsfrage übergeordnet gestellt wird, damit die Befragten frei antworten können und Zusatzinformationen ermöglicht werden. Auf diese Weise wird eine Frage-Antwort-Situation während des Gesprächs vermieden. Die Struktur der Interviews mit den Subfragen dient wesentlich dazu, dass keine Fragestellungen zur Analyse der Forschungsfragen übersehen werden³⁴ und bei der Auswertung die einzelnen Textpassagen den geschlossen oder offen formulierten Subfragen zugewiesen werden können.

Eine weitere Problematik stellt der Prozess der Selbstrechtfertigung in Interviews dar. Damit dieser möglichst vermieden werden kann und die Befragten eine ehrliche respektive realistische Einschätzung abgeben, wird den Interviewpartnern eine Anonymisierung der Gespräche zugesichert und die Fragen nicht personalisiert gegenüber den Befragten gestellt, sondern allgemein zum Projekt formuliert.

Um die Gütekriterien der Reliabilität und Validität auf die qualitative Forschungsmethode anzuwenden,³⁵ wurde das strukturierte Interview mit mehreren Fragen gegliedert. Auf diese Weise können die meisten Antworten einer konkreten Frage zugewiesen wer-

³³ Vgl. Häder 2010, S. 189

³⁴ Vgl. Mayer 2009, S. 37

³⁵ Vgl. Flick 2000, S. 240-249

den, sodass „selektive Plausibilisierung“³⁶ wie Flick „das selektive Zitieren passender Interviewpassagen bezeichnet“³⁷, vermieden wird.

Da im Rahmen der Forschungsfragen die Motive und der Nutzen von partizipativen Verfahren aus Sicht von Projektentwickler im Fokus stehen und aufgrund der nicht vorhandenen vergleichbaren Projekte keine andere Möglichkeit zur Datenerhebung vorliegt, fiel die Wahl trotz der bekannten Problematik auf das strukturierte Interview, um alle für die Auswertung relevanten Variablen abfragen zu können.

3.2 Ermittlung von Nutzen

Die grösste Herausforderung der Erhebung bestand darin, den Nutzen und die Erfolgsfaktoren bewerten zu können. Möglichkeiten, den Nutzen zu bestimmen, bestünden zum einen über eine Kosten-Nutzen-Analyse, in welcher der Nutzen über damit verbundene Kosten quantifiziert wird, und zum anderen über die Rational-Choice-Theory, die das rationale Handeln eines Individuums so beschreibt, dass er diejenige Handlungsalternative auswählt, welche seinen Nutzen maximiert.³⁸ Die Kosten-Nutzen-Analyse kann nicht angewendet werden, da aufgrund von mehreren Vorgesprächen bestätigt wurde, dass die Kosten derartiger Verfahren nur selten erhoben oder dokumentiert werden, sondern meistens in den Planungskosten des Projekts inkludiert werden. Dies konnte später in den Interviews bestätigt werden. Nur ein geringer Prozentsatz eruiert die Kosten solcher Verfahren, weshalb diese Variable nicht abgefragt werden konnte. Die Rational-Choice-Theory kann ebenfalls nicht angewendet werden, da in der vorliegenden Arbeit nicht untersucht wird, welche Partizipationsart (im Sinne von Handlungsalternativen) angewendet werden sollte, um den Nutzen solcher Verfahren zu optimieren. Es soll grundsätzlich untersucht werden, ob derartige Verfahren einen Nutzen aufweisen und wenn ja, welchen und wie dieser erreicht werden könnte.

Auf dieser Grundlage musste eine alternative Herangehensweise zur Ermittlung des Nutzens gesucht werden. Der Nutzen von Partizipationsprozessen kann nicht nur an dessen Teilnehmerzahl oder der Anzahl von Einsprachen auf das Projekt (harte Faktoren) gemessen werden, sondern beeinflusst die Qualität des Projekts. Wie auch Selle schreibt: „Planungsbezogene Beteiligung ist an ihrer Qualität zu messen ... [sic] und die hängt nicht von Quantitäten ab“³⁹, kann der Nutzen von Partizipation nicht nur an der

³⁶ Flick 2000, S. 239

³⁷ Mayer 2009, S. 56

³⁸ Vgl. Best 2007, S. 186

³⁹ Selle 2013, S. 303

Höhe der Teilnehmerzahl gemessen werden. Aus diesem Grund muss der Nutzen vor allem mit sogenannten ‚weichen Faktoren‘ gemessen werden, wie bspw. ob das Projekt durch die Partizipation verbessert worden ist oder zwischenmenschliche Beziehungen aufgebaut werden konnten.

In der vorliegenden Arbeit wird der Nutzen von partizipativen Verfahren primär mit den Motiven zur Durchführung von Mitwirkungsprozessen der einzelnen Projektentwickler ermittelt. Dies erfolgt, indem im zweiten Teil des strukturierten Interviews die entsprechenden Motive abgefragt werden und im vierten Teil überprüft wird, ob diese Absichten durch die Partizipation erreicht werden konnten. Neben den Motiven wird in der Befragung nach einem zusätzlichen, nicht vorhersehbaren generierten Nutzen durch Partizipation geforscht.

Jedoch sollten im Zusammenhang mit der Nutzenanalyse ebenfalls die ‚harten Faktoren‘ gemessen werden, um Rückschlüsse darauf ziehen zu können, ob bspw. partizipativ entwickelte Projekte wenig bis gar keine Einsparungen aufweisen. Um dies belegen zu können, müssten vergleichbare nicht partizipativ geführte Projekte untersucht werden. Jedoch ist dies in der Praxis aufgrund der fehlenden Daten nicht möglich.

Aus diesem Grund wird der Nutzen und Erfolg von Partizipation auf zwei Stufen eruiert. Auf der ersten Stufe sollen die harten Faktoren und auf der zweiten Stufe die weichen Faktoren abgefragt werden, welche als Indikatoren für den Nutzen dienen. Nachfolgend werden diese Faktoren konkretisiert (Tab. 2).

Harte Faktoren	Indikator für ...
Anzahl Einsparungen auf das Projekt und Abstimmungsresultat der Volksabstimmung	→ Akzeptanz der Bevölkerung
Anzahl Teilnehmer am Verfahren	→ Interesse am Prozess
Zielgruppenbeteiligung	→ Wer interessierte sich für das Projekt? Konnte jeder abgeholt werden?
Weiche Faktoren	Indikator für ...
Motive zur Durchführung	→ Was sollte durch das Verfahren erreicht werden?
Überprüfung der Motive	→ Wurden die Absichten durch das Verfahren erreicht?
Zusätzlicher Nutzen	→ Konnte durch das Verfahren ein zusätzlicher Nutzen generiert werden? Brachte das Verfahren neue Erkenntnisse oder Ideen?
Eigendynamiken der Projekte	→ Wie reagierte die Bevölkerung auf das Projekt und das Verfahren?

Tab. 2: Harte und weiche Faktoren zur Ermittlung von Nutzen

3.3 Wahl der Stichprobe

Aufgrund der recherchierten Projekte, bei welchen bisher partizipative Verfahren angewendet werden oder worden sind, konnten folgende drei Projektentwickler als Initianten von Partizipationsprozessen für Raumplanungs- und Bauprojekte definiert werden: Genossenschaften, Investoren und die öffentliche Hand.

Somit wurden die Interviewpartner in die genannten drei Kategorien von Projektentwicklern unterteilt, um herauszufinden, ob alle die gleichen Motive und Herangehensweisen aufweisen oder ob nach diesen drei Gruppen auch ihre Vorgehensweise und Erfolgsfaktoren gegliedert werden können. Um die Vergleichbarkeit und insbesondere eine aussagekräftige Untersuchung zu erhalten, wurden jeder Gruppe die gleichen Fragen gestellt.

Um einen Versuch darzustellen, die Grundgesamtheit zu ermitteln, können lediglich die Daten des Bundesamtes für Statistik (BFS) genutzt werden. Verbindliche Daten können ausschliesslich für Gemeinden und Städte herausgezogen werden. Die Grundgesamtheit der Genossenschaften kann nicht über die Daten des BFS bestimmt werden, da nur eine Zählung der Genossenschaftswohnungen erhoben wird. Über die Verbände der Genossenschaften könnte deren Grundgesamtheit ermittelt werden, jedoch ist die Angabe über die Anzahl auf ihre Richtigkeit zu hinterfragen, da bei den Mitgliedschaften der Verbände neben Bau- und Wohnbaugenossenschaften ebenfalls Stiftungen, Gemeinden und Städte Mitglieder sind. Des Weiteren sind Doppelmitgliedschaften bei verschiedenen Verbänden zu vermuten. Bei der Eruierung der Gesamtheit von Investoren tritt folgende Problematik auf: Über die Daten des BFS kann nur eine Gesamtheit aller Banken, Pensionskassen, Versicherungen, Bauunternehmungen und Firmen des Grundstücks- und Wohnungswesens (welche neben Immobiliengesellschaften auch Maklerbüros und Verwaltungen enthalten) ermittelt werden. Da nicht alle dieser Unternehmen eigene Grundstücke und Immobilien halten und entwickeln, wäre es falsch diese Gesamtheit zu betrachten. Ein weiteres Problem bei der Darstellung der Grundgesamtheit besteht darin, dass nicht alle dieser Projektentwicklungstypen partizipative Verfahren anwenden und es keine Statistik über die Anzahl von Projektentwicklern gibt, die Partizipationsprozesse durchführen oder durchgeführt haben.

Für die vorliegende Arbeit werden lediglich jene Kantone (AG, BE, BL, BS, LU, SG, SH, SO, ZG, ZH) der Deutschschweiz betrachtet, welche den Hauptteil des deutschsprachigen Mittellands ausmachen.

Hinsichtlich nicht vorhandener Daten kann für eine repräsentative Befragung nicht per Zufallswahl ein Sample aus der vollständigen Grundgesamtheit gezogen werden. Aufgrund des Umstands, dass der Umfang der Grundgesamtheit nicht bekannt ist, wurde die Samplestruktur in Anlehnung an die Vorab-Festlegung bestimmt.⁴⁰ Mit dieser Methode wird die Stichprobe vor Beginn der Befragung durch bestimmte Merkmale festgelegt.⁴¹ Zur Auswahl der Interviewpartner sind vorgängig detaillierte Recherchearbeiten über jegliche partizipativ geführte Projekte mit folgenden Merkmalen angestellt worden: aktuelle Projekte, die nicht älter als fünf Jahre sind, medienpräzente, zukunftsweisende, einzigartige, kleine und grosse, realisierte und auch gescheiterte Projekte. Ebenso sind mehrere Vorgespräche mit Anbietern von partizipativen Verfahren, Investoren und Genossenschaften geführt worden. Auf dieser Grundlage ist eine Auswahl von Interviewpartnern hinsichtlich der zuvor genannten Kantone verteilt getroffen worden. Um eine optimal diversifizierte Befragung zu erhalten, ist aus diesem Fundus eine gewisse Anzahl an Projekten ausgewählt und die entsprechenden Projektverantwortlichen kontaktiert worden. Um eine Repräsentativität durch die Interviews zu erhalten, werden 20 Gespräche mit je 6-8 Befragungen pro Projektentwicklungstyp geführt.

Insgesamt werden 16 Investoren, 11 Genossenschaften und 12 Gemeinden sowie Städte telefonisch oder per E-Mail zur Bereitschaft für ein Interview angefragt. Um eine gleiche Verteilung der einzelnen Gruppen zu erhalten, sind 7 Investoren, 6 Genossenschaften und 6 Gemeinden und Städte für ein Interview bereit gewesen. Den Interviewpartnern sind vorab die Fragen zur Vorbereitung digital zugestellt worden.

Einschränkungen müssen bezüglich der Zufälligkeit der Stichprobe sowie der geografischen Verteilung gemacht werden, da viele Projekte entweder kooperative Verfahren sind oder einige der angefragten Interviewpartner ein formelles Mitwirkungsverfahren als Partizipation verstanden haben. Ebenso befinden sich aufgrund der hohen Projektdichte und -aktualität die befragten Projekte zum Grossteil im Kanton Zürich.

3.4 Datenerhebung und Pretest

Vor der eigentlichen Datenerhebung wurde mit einer Testperson, die Praxiserfahrung bei partizipativen Verfahren aufweist, ein Pretest durchgeführt. Mithilfe des Pretests soll die Verständlichkeit und Struktur der Fragen sowie die Zeitdauer des Interviews überprüft werden. Das Ergebnis des Pretests zeigt, dass die Fragen verständlich und gut

⁴⁰ Vgl. Flick 2000, S. 79-81

⁴¹ Vgl. Mayer 2009, S. 39

strukturiert sind und die angenommene Dauer von 60 Minuten ausreichen wird. Geringfügige Anpassungen bezüglich der Eindeutigkeit der Fragen sind vorgenommen worden, wie z. B. die Frage nach der Grösse des Projekts, bei welcher nicht eindeutig war, nach welcher Fläche oder Grösse präzise gefragt wird. Folgende Variablen sind zur Beantwortung der Forschungsfragen erhoben worden (Tab. 3).

Forschungsfragen	Erhobene Variablen durch Subfragen	
	Offene Frage	Geschlossene Frage
1. Für welche Projekte werden primär partizipative Verfahren durchgeführt?	– Lage und Zentralität des Projekts	– Ziel, Grösse und Nutzung des Projekts
2. Was sind die Motive zur Durchführung eines partizipativen Verfahrens?	– Motive zur Durchführung von Partizipation	
3. Welche Partizipationsmethoden/-arten werden in der Praxis angewendet?	<ul style="list-style-type: none"> – Methode der Partizipation – Dauer des Verfahrens – Zielgruppe des Verfahrens – Anonymität der Beteiligten – Prozessstandards – Kriterien für die gewählte Partizipationsmethode 	<ul style="list-style-type: none"> – Projektstand beim Start der Partizipation – Zeitpunkt der Partizipation – Grad der Mitwirkung – Rekrutierungsart der Beteiligten – Kommunikation der Ergebnisse – Organisation der Prozesse
4. Welcher Nutzen und welche Erfolgsfaktoren werden durch Partizipationsprozesse generiert?	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligungsrate – Anzahl Einsprachen – Politische Unterstützung – Unvorhergesehene Eigen dynamik der Beteiligten – Projekt- und Verfahrensgegner – Erreichte Ziele des Verfahrens – Erwartungen der Beteiligten – Zusätzlicher unerwarteter Nutzen – Erneute Durchführung eines Verfahrens – Erfolgskriterien des Verfahrens – Prozessanpassung für weitere Verfahren 	– Soziale, demografische und geografische Verteilung der Beteiligten

Tab. 3: Erhobene Variablen bei der Datenerhebung

Zusätzlich inkludiert die erste Forschungsfrage noch weitere Subfragen zur Häufigkeit der bisher durchgeführten partizipativen Verfahren durch den Interviewpartner, seiner Funktion innerhalb des Projekts und der Partizipation sowie zum Projektstart und -ende. Diese Daten sind abgefragt worden, um die Stichprobeneigenschaft auf die Aktualität

der Projekte zu überprüfen sowie die Erfahrung des Interviewpartners mit Partizipation und seine Stellung innerhalb des Prozesses zu eruieren.

Die Durchführung der Interviews ist zwischen dem 11. Juni und 10. Juli 2014 erfolgt.

Die Interviews sind für die Auswertung aufgezeichnet worden, womit gewährleistet werden konnte, dass sich die Verfasserin der vorliegenden Arbeit voll und ganz auf das Gespräch konzentriert und flexibel auf Antworten reagieren kann. Während der Gespräche sind stichwortartig Notizen zu den entsprechenden Fragen gemacht worden.

Nach Abschluss und Zusammenfassung sämtlicher Interviews sind Qualität und Brauchbarkeit der Daten überprüft worden. Wie in Tabelle 4 ersichtlich, sind zwei Interviewpartner zu je zwei unterschiedlichen Projekten befragt worden. Bei einem Gespräch stellte sich heraus, dass ausschliesslich mit Volksvertretern aus unterschiedlichen Parteien partizipiert wurde. Dieses Beispiel wird nicht in die Auswertung miteinbezogen, da es kein partizipativ geführtes Projekt im Sinne von Bevölkerungsbeteiligung gewesen ist.

Projektentwickler	interviewte Projekte (Gesprächspartner)	brauchbare Projekte (Gesprächspartner)
Genossenschaften	6 (6)	6 (6)
Investoren	8 (7)	7 (6)
Öffentliche Hand	7 (6)	7 (6)
Gesamt	21 (19)	20 (18)

Tab. 4: Anzahl geführter Interviews und deren Brauchbarkeit

Folglich konnten insgesamt 18 Interviews zu 20 brauchbaren Projekte mit einer Verteilung von 6-7 Befragungen je Projektentwicklungstyp durchgeführt werden. Eine anonymisierte Übersicht der Interviewpartner befindet sich in Anhang 2.

3.5 Datenaufbereitung und -analyse

Die Datenaufbereitung und -analyse erfolgt in mehreren Schritten.⁴² In einem ersten Schritt werden für die Datenaufbereitung die Aufzeichnungen der einzelnen Gespräche wiederholt angehört und die wichtigsten Aussagen zu jeder Forschungsfrage für jedes Interview zusammengefasst.⁴³ In einem zweiten Schritt werden diese Aussagen den entsprechenden Subfragen (erhobenen Variablen) des strukturierten Interviews zuge-

⁴² Vgl. Flick et al. 2012, S. 447-456

⁴³ Vgl. Flick et al. 2012, S. 448-452

wiesen.⁴⁴ Nach Abschluss und Zusammenfassung der einzelnen Interviews werden diese für eine quantifizierbare Materialübersicht⁴⁵ in eine Tabelle übertragen und nach Projektentwicklern kategorisiert. Somit sind die einzelnen Aussagen zu einer konkreten Frage nebeneinander dargestellt worden, damit die Informationen einfacher analysiert werden konnten.

Bei der Datenanalyse sind durch die Gegenüberstellung sämtlicher erfassten Informationen in einem letzten Schritt Verknüpfungen, Rückschlüsse oder Muster zwischen den Aussagen ermöglicht worden.⁴⁶ Um deren Analogien und Differenzen erkennen zu können, wird jede Gruppe von Projektentwicklern separat ausgewertet. Anschliessend werden die einzelnen Auswertungen verglichen und verknüpft, um eine möglichst allgemeine Aussage zu erhalten.

Prinzipiell werden sämtliche geschlossenen Fragen in Form von Diagrammen visuell dargestellt, um die Verteilungen und Häufigkeiten der entsprechenden Variablen festzustellen. Jede geschlossene Frage hat stets ein offenes Zusatzfeld zu den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten. Diese Zusatzfelder werden mit ‚Sonstiges‘ ausgewertet oder es konnten aufgrund von Mehrfachnennungen der gleichen Angaben zusätzliche Felder eingefügt werden.

Bei der Auswertung der geschlossenen Subfragen werden bei zwei Fragen Antwortmöglichkeiten ergänzt. Aufgrund der häufigen Angabe der Nutzung ‚Tiefgarage‘ ist im Anschluss bei Frage 1.6 (Nutzung des Projekts) ein separates Feld hinzugefügt worden. Somit kann die Nutzung differenzierter aufgeschlüsselt und präzisiert werden. Bei der Frage nach der sozialen und demografischen Verteilung der Beteiligten wird das Feld ‚keine Angaben‘ hinzugefügt, da zwei Interviewpartner diese Angaben nicht erfasst haben. Somit wird gewährleistet, dass sich das Ergebnis auf die gesamte Stichprobe bezieht. Zudem konnte bei Frage 3.7 bezüglich der Rekrutierungsart der Beteiligten das Feld ‚Sonstiges‘ durch ‚interne Zeitung‘ ersetzt werden, da von den Genossenschaften dieses Medium häufig genannt und sonst keine weiteren Angaben unter Sonstiges gemacht wurden.

Die offenen Subfragen werden auf differente Arten ausgewertet. Für die Auswertung der Motive der Projektentwickler zur Durchführung von partizipativen Verfahren (Frage 2.1) werden nach der Zusammenfassung sämtliche genannten Motive je Entwickler aufgelistet und sinngemäss einheitlich bezeichnet. Aufgrund dieser vergleichbaren Da-

⁴⁴ Vgl. Flick et al. 2012, S. 452-454

⁴⁵ Vgl. Flick et al. 2012, S. 454-455

⁴⁶ Vgl. Flick et al. 2012, S. 455-456

ten konnte anschliessend mit einer Auszählung die Häufigkeit der einzelnen Motive eruiert werden. Mit der gleichen Vorgehensweise wird Frage 3.4 nach der angewendeten Partizipationsart ausgewertet und somit die Häufigkeit der divergenten Methoden bestimmt. Um weitere Erkenntnisse zu den Partizipationsmethoden zu erhalten, werden diese Daten in einer Matrix (Anhang 3) mit der jeweiligen Rekrutierungsart (Frage 3.7) und der Dokumentations- und Kommunikationsweise der Ergebnisse der einzelnen Veranstaltungen (Frage 3.8) verknüpft. Dafür werden in den Spalten die einzelnen erhobenen Partizipationsarten dargestellt und in den Zeilen die Rekrutierungsarten sowie die Dokumentations- und Kommunikationswege der Ergebnisse abgebildet. Um Zusatzinformationen zu der Organisationsform der einzelnen Veranstaltungen (Frage 3.10) zu erhalten, werden diese Daten nachfolgend in den Zeilen integriert. Anschliessend werden wiederum mithilfe der Auszählung die verschiedenen Medienkanäle der Rekrutierungsart, die Plattformen der Ergebnisdokumentation und -kommunikation für die jeweilige Partizipationsart sowie die Organisationsform ausgewertet und in einem nächsten Schritt auf die am häufigsten genannten Werte fokussiert. Durch diese Matrizendarstellung kann ein Überblick hinsichtlich der einzelnen Formen und deren häufigsten Rekrutierungsart gebildet werden.

Um die Zentralität der Projekte bestimmen zu können, wird die Entfernung zum jeweiligen Bahnhof erhoben (Frage 1.8). Zur Auswertung wurden Entfernungsradien zum Bahnhof definiert (0-500 m, 501-1'000 m, 1'001-1'500 m etc.) und die einzelnen Projekte eingeordnet. Mit der gleichen Massnahme wurde die Dauer der einzelnen Verfahren ermittelt (Frage 3.5).

Die restlichen offenen Fragen, welche im Zusammenhang mit der Nutzenanalyse stehen, können nicht durch eine Kategorisierung ausgewertet werden. Bei diesen Fragen werden vorab die Kernaussagen der einzelnen Entwickler extrahiert und miteinander verglichen. In einem weiteren Schritt werden diese Aussagen mit den vorher ausgewerteten Daten verknüpft und interpretiert.

Nach Abschluss der Auswertung konnten mithilfe der quantifizierbaren Materialübersicht⁴⁷ alle Daten strukturierter dargestellt sowie Rückschlüsse und Verknüpfungen für die Ergebnisse gebildet werden.

⁴⁷ Vgl. Flick et al. 2012, S. 454-455

3.6 Zusammensetzung der Stichprobe

Wie bereits unter 3.4 erwähnt, werden insgesamt 18 Projektentwickler zu 20 Projekten zum Nutzen von partizipativen Verfahren befragt. Es wird bewusst keine präzisere Aufschlüsselung der Stichprobe zu den einzelnen Projektentwicklungstypen dargelegt, um keine Rückschlüsse auf Projekte oder Interviewpartner aufgrund der Anonymität der Personen ziehen zu können.

Alle Befragten sind entweder Geschäftsführer, Abteilungsleiter oder Projektverantwortliche und signifikant im Projekt sowie der Partizipation involviert. Des Weiteren wird keine Aussage darüber getroffen, in welchen Kantonen sich die einzelnen Befragten oder Projekte befinden, sondern nur gesamthaft in nachfolgender Abbildung (Abb. 6) beschrieben. Die erwähnten Projekte für die Interviews werden demzufolge ebenfalls anonymisiert und lediglich mit deren Nutzung, Grösse und Zentralität angegeben.

Altersverteilung der Befragten



Häufigkeit der bisher durchgeführten Partizipationsprozesse (durchschnittliche Anzahl pro Interviewpartner)



Geografische Lage der Projekte (Kanton)



Projektstart



Projektphase (Stand der Befragung)



Öffentliche Bewilligung



Abb. 6: Zusammensetzung der Stichprobe

Diese Stichprobenszusammensetzung ergibt eine repräsentative Befragung gut diversifizierter Projekte in Bezug auf deren Nutzung, geografischen Verteilung sowie Aktualität. Auffällig ist eine Kumulation der Projekte im Kanton Zürich, welche auf die hohe Bau- und Dichte des Kantons schliessen lässt.

4 Ergebnisse der empirischen Erhebung

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, verfolgt Partizipation primär zwei Ziele: Akzeptanzschaffung und Konsumentenforschung. In diesem Kapitel soll anhand der Ergebnisse der empirischen Erhebung dargelegt werden, ob diese Ziele in der Praxis verfolgt und erreicht werden. Zu Beginn wird anhand der Stichprobe erläutert, welche Projekte Partizipation anwenden. Daraufhin folgen die Motive der Projektentwickler für die Anwendung partizipativer Verfahren und die am häufigsten angewendeten Partizipationsmethoden. Die Auseinandersetzung mit dem Kernthema der vorliegenden Arbeit, der Frage nach dem Nutzen und dem Erfolg von partizipativen Verfahren, schliesst die empirische Untersuchung ab.

4.1 Fakten partizipativ geführter Projekte

Entsprechend der ersten Forschungsfrage soll ein Überblick über die partizipativ geführten Projekte der Stichprobe erstellt werden. Das Kapitel gliedert sich nach den Themen Projektziele, -grösse, -lage sowie -nutzung.

Bei den erhobenen Daten handelt es sich bei insgesamt 20 Projekten um einen Richtplan, 5 öffentliche Plätze und 14 Hochbauprojekte. Da Richtpläne die raumwirksamen Tätigkeiten nachhaltiger Entwicklung und Nutzung des Bodens einer Gemeinde oder eines Kantons steuern, beziehen sich deshalb die nachfolgenden Angaben aus Kapitel 4.1 lediglich auf 19 Projekte.

4.1.1 *Projektziele*

Es ist erkennbar, dass Partizipation vorwiegend bei konkreten Projektvorhaben (63 %) oder bei der Entwicklung von Gestaltungsplänen (37 %) eingesetzt wird.

Unter konkreten Projektvorhaben werden Gestaltung, Planung und Realisierung sowohl von Hochbauprojekten als auch von öffentlichen Plätzen und Räumen verstanden. Bei Gestaltungsplänen hingegen werden für bestimmte Areale verbindliche Parameter für die Projektierung, wie bspw. die Nutzung, Gebäudehöhen und -längen, Ausnutzung etc. erarbeitet und beschlossen.

Eine Differenzierung der einzelnen Projektentwickler zeigt, dass Genossenschaften ausschliesslich für konkrete Projektvorhaben und Investoren hinsichtlich der Erarbeitung von Gestaltungsplänen partizipieren. Dies könnte damit erklärt werden, dass Investoren häufig neue Gebiete und Areale erschliessen, bei welchen primär die städtebauliche

Konzeption im Vordergrund steht. Bei Genossenschaften hingegen gilt es konkrete Vorhaben zu realisieren. Die öffentliche Hand setzt Partizipation speziell bei konkreten Projektvorhaben im öffentlichen Raum aber auch vereinzelt bei der Planung von Gestaltungsplänen oder Richtplänen ein.

4.1.2 *Projektgrösse, -lage und -nutzung*

Bei den Projektgrössen der befragten Hochbauprojekte ist auffallend, dass die Geschossfläche hauptsächlich zwischen 10'000-70'000 m², aber auch deutlich über 90'000 m² liegt. Würde man die Projektgrösse lediglich in der Anzahl der Wohnungen ausdrücken, so bewegen sich die meisten Projekte zwischen 100-600 Wohneinheiten. Ausschliesslich ein Projekt liegt knapp unter 10'000 m². Wobei auch zu erkennen ist, dass die Projektgrösse der Genossenschaftsprojekte im Durchschnitt zwischen 10'000-30'000 m² liegt und es sich bei den Investoren meist um Areale mit 50'000 m² oder deutlich mehr handelt. Bei der öffentlichen Hand ist keine eindeutige Tendenz zu erkennen; die Grösse der öffentlichen Plätze bei der Stichprobe variiert zwischen 2'000 m² und 10'000 m², die Projekte bezüglich Gestaltungsplan zwischen 10'000 m² und deutlich mehr als 90'000 m².

Wird die Lage der einzelnen Projekte betrachtet, sind alle sehr gut erschlossen und liegen meist in einem gemischt genutzten Quartier respektive im Zentrum einer Stadt oder Gemeinde. Wäre die Entfernung zum nächst gelegenen Bahnhof der Zentralitätsfaktor für die Projekte, so kann festgestellt werden, dass fast sämtliche Projekte unmittelbar oder in einem Umkreis von maximal 1.5 km eines Bahnhofs liegen. Lediglich zwei Projekte sind weiter entfernt.

Folgende Abbildung 7 zeigt die Nutzungsverteilung der Projekte aus der Erhebung.

Nutzungsverteilung (gemischt = Wohnen, Gewerbe, Büro, Gastronomie, Hotel, öffentliche Infrastruktur, öffentliche Plätze, Tiefgarage)

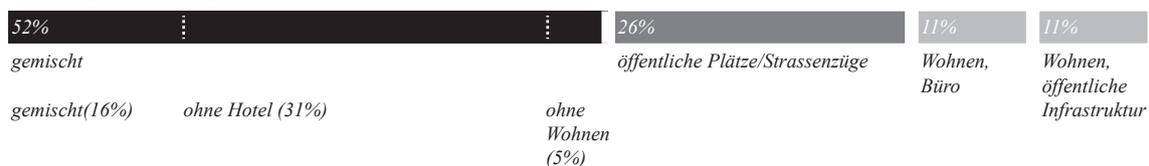


Abb. 7: Nutzungsverteilung der Projekte

Diese Nutzungen – wie auch die Lage und Grösse der Stichprobe – deuten auf eine hohe Komplexität und Vielschichtigkeit der Projekte hin, da eine Vielzahl von Parametern und Schnittstellen beachtet werden müssen. Diese Zahlen lassen vermuten, dass Partizi-

pation dort angewendet wird, wo aufgrund der Komplexität Informationsdefizite vorhanden sind, aufgrund der Zentralität der Projekte eine gewisse Erwartungshaltung der Bevölkerung besteht und die Grösse der Projekte auf eine deutliche Veränderung in der bestehenden Umgebung schliessen lassen.

4.2 Motive zur Durchführung partizipativer Verfahren

Im nachfolgenden Kapitel werden zum einen die unterschiedlichen Motive der Projektentwickler und zum anderen die Gemeinsamkeiten und Zusammenhänge zwischen Genossenschaften, Investoren und der öffentlichen Hand genauer untersucht.

4.2.1 Motive der Genossenschaften

Bei den Genossenschaften ist anhand der Stichprobe zu erkennen, dass Partizipation lediglich mit deren Mitgliedern und somit Genossenschaftern durchgeführt wird, d. h. ausschliesslich mit derzeitigen Nutzern der Projekte oder mit zukünftigen. Partizipation ist vor allem aufgrund der demokratischen Organisation und gemeinnützigen Struktur einer Genossenschaft die Voraussetzung für jedes Projektvorhaben. In vielen Fällen bilden sich Genossenschaften über partizipative Prozesse. Die Mitglieder sind von Beginn an in ein Projekt involviert und erhalten dadurch einen gewissen Eigennutzen bei der Mitbestimmung ihres künftigen Wohnraums. Wird vor diesem Hintergrund die Stichprobe betrachtet, wird primär das Motiv der Informationsgenerierung genannt (Abb. 8). Durch Partizipation sollen Informationen und Wissen beschaffen werden und vor allem die Bedürfnisse der derzeitigen oder künftigen Bewohner über deren Wohnvorstellungen in Erfahrung gebracht werden. Zudem soll in Zusammenarbeit ein Projekt geschaffen und der Gemeinsinn in frühen Projektphasen gestärkt werden.

Hauptmotive der Genossenschaften



Abb. 8: Hauptmotive der Genossenschaften

Wird zwischen bestehenden und geplanten Projekten unterschieden, so steht beim Bestand, bei dem die Massnahmen von Ersatzneubauten Veränderungen mit sich bringen, die Akzeptanzschaffung bei den derzeitigen Bewohnern im Vordergrund. Speziell da

diese im Zuge der Generalversammlungen über die Vorhaben abstimmen. Den Bewohnern sollen durch die Partizipation die Gründe für ein bestimmtes Vorhaben vermittelt und ihr Verständnis dafür geweckt werden.

Bei geplanten Projekten bestehen bei Genossenschaften zusätzlich die Absichten, mittels Partizipation neue Mitglieder zu finden, zukünftige Bewohner frühzeitig zueinander zu führen und diese Teil der Planung werden zu lassen, damit sie sich mit Projekt und Ort identifizieren können. Primär soll ein frühes Mitwirken durch Mitreden und Mitgestalten ermöglicht werden. Partizipation verfolgt ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘. Ein weiteres interessantes Motiv besteht in der Mitwirkung bei der Generierung einer Innovationsplattform im Sinne der Findung und Weiterentwicklung neuer Technologien.

Vor allem steht im Vordergrund, ein gut funktionierendes Projekt realisieren zu können, bei welchem sämtliche Mitglieder einbezogen werden.

4.2.2 *Motive der Investoren*

Eingangs ist zu erwähnen, dass Investoren im Gegensatz zu Genossenschaften in den seltensten Fällen mit zukünftigen Nutzern partizipieren, sondern mit der Bevölkerung und den Bewohnern vor Ort. Folgende Abbildung (Abb. 9) zeigt eine Kategorisierung der Hauptmotive von Investoren aus der Stichprobe.

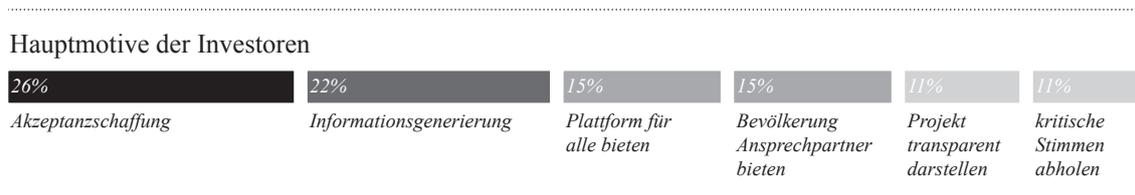


Abb. 9: Hauptmotive der Investoren

Diese Abbildung zeigt, dass Investoren durch Partizipation primär Akzeptanz erreichen und Informationen für das Projekt generieren möchten. Zudem sollte durch das partizipative Verfahren ein Ansprechpartner geboten und eine Plattform geschaffen werden, innerhalb welcher die Bevölkerung jegliche Anliegen äußern und einbringen kann. Weitere mehrfach genannte Motive sind die transparentere Gestaltung der Projekte und aufgrund der erhaltenen Informationen, kritische Punkte, potenzielle Einsprecher und Verbesserungspotenziale des Projekts zu ermitteln.

Zusätzlich wird Partizipation bei Investoren häufig zur Kommunikation eingesetzt, um direkt und selbst kommunizieren sowie Informationen direkt wiedergeben zu können und das Vorhaben zu erläutern. Ein weiteres Motiv ist ein grundsätzliches Feedback und

eine Grundstimmung zum Projekt zu erhalten, auf welche reagiert werden kann. Durch Bauvorhaben werden meist Veränderungsprozesse mitgeführt. Aus diesem Grund wird Partizipation eingesetzt, um bei der Bevölkerung das Verständnis für das Vorhaben zu wecken, indem die Betroffenen in das Projekt zu einem gewissen Grad integriert werden. Es wird aktiv der Dialog zur Bevölkerung in Form von verschiedenen Partizipationsmethoden gesucht. Ein Interviewpartner nennt das Motiv der Imageverbesserung durch Partizipation, da durch Mitwirkung ein gezielter und direkter Kontakt zur Bevölkerung ermöglicht wird, während durch die Medien ein nachteiliges Bild vermittelt werden kann.

4.2.3 *Motive der öffentlichen Hand*

Werden die Motive der öffentlichen Hand vor dem Hintergrund betrachtet, dass die Projekte zum grössten Teil für die Öffentlichkeit gebaut werden, ist es essenziell, die Bedürfnisse der Bevölkerung aufzunehmen und zu verarbeiten. Aufgrund der sozialen Aspekte der Projekte oder die der Forderung der Bevölkerung für gewisse Projekte ist es für die öffentliche Hand teils unumgänglich, partizipative Verfahren durchzuführen.

Bei der öffentlichen Hand sind Analogien zu den Investoren zu erkennen, wie die Abbildung 10 zeigt.



Abb. 10: Hauptmotive der öffentlichen Hand

Primär wird durch die Partizipation eine Plattform für alle Anliegen geboten sowie Akzeptanzschaffung und Informationsgenerierung verfolgt. Ebenfalls werden die Verfahren von der öffentlichen Hand dafür genutzt, um der Bevölkerung einen Ansprechpartner zu bieten und die Vorhaben entsprechend kommunizieren zu können. Weitere Motive bestehen in der Konsensfindung zwischen verschiedenen Interessen, der Überwindung von städtischen Grenzen und der Zusammenführung von benachbarten Gemeinden. Ein anderes Motiv lautet, dass durch einen bewussten und gezielten Einsatz von Partizipation Passanten angesprochen werden sollen, die sonst schwer zu erreichen sind.

4.2.4 Zusammenfassung der Motive

Bei der umfassenden Betrachtung der Motive fällt auf, dass Partizipation wie in der Literatur beschrieben, primär Informationsgenerierung und Akzeptanzschaffung verfolgt. Zusammenfassend zielen alle Projektentwickler darauf ab, dass die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung oder künftigen Nutzer abgeholt werden und dadurch Informationen und Wissen erschlossen wird, sowie die kritischen Punkte eines Projekts eruiert werden. Auffallend ist ausserdem, dass Partizipation für Kommunikationsprozesse eingesetzt wird, um vorgängig das Vorhaben genau zu erläutern, das allgemeine Verständnis dafür zu wecken und somit Informationen direkt vermitteln zu können. Die nachfolgende Abbildung 11 zeigt eine Zusammenstellung der primär genannten Motive und deren Häufigkeiten.

Hauptmotive aller Projektentwickler

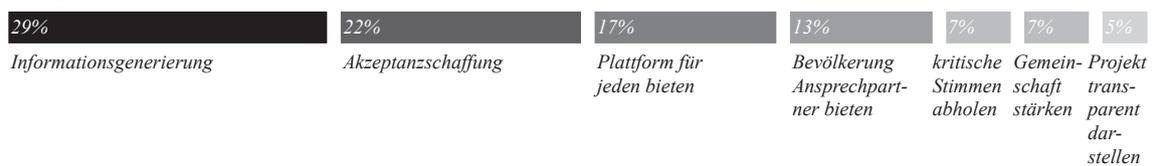


Abb. 11: Hauptmotive aller Projektentwickler

Hier ist zu erwähnen, dass das Motiv ‚Akzeptanzschaffung‘ übergeordnet für Aussagen wie ‚positive Abstimmung erreichen‘ und ‚Akzeptanz erreichen‘ gesetzt wurde, da sich jeder Entwickler durch die Akzeptanz auch eine positive Abstimmung erhofft. Auch das Motiv ‚Informationsbeschaffung‘ wurde übergeordnet für Aussagen wie ‚besseres Projekt generieren‘ und ‚lokales Wissen erschliessen‘ gesetzt, da durch neue Informationen und Erkenntnisse meist das Projekt verbessert und optimiert werden kann sowie lokales Wissen erschlossen wird.

4.3 Bestandteile angewandter partizipativer Verfahren

Im folgenden Teil sollen die am häufigsten angewendeten Partizipationsmethoden dargestellt und in Bezug zum Zeitpunkt der Partizipation, der Rekrutierungsart der Beteiligten sowie der Kommunikation der Ergebnisse gebracht werden.

4.3.1 *Ausgangslage und Zeitpunkt der Partizipation*

Wird vorgängig die Ausgangslage und der Zeitpunkt der Partizipation betrachtet, so wird aus der Erhebung deutlich, dass in den unterschiedlichsten Phasen eines Projekts Partizipation durchgeführt wird. Bei den Genossenschaften ist erkennbar, dass die Partizipation in den meisten Fällen bereits auf Basis einer Vision entsteht. Nur zwei der dokumentierten Projekte offenbaren einen Masterplan oder Projektwettbewerb als Ausgangslage. Hingegen zeigt die Auswertung bei Investoren oder der öffentlichen Hand, dass Partizipation mit einer gewissen Grundlage, wie bspw. einem Ideen- oder Projektwettbewerb, angesetzt wird. Dies ist auf die gemeinnützige Struktur von Genossenschaften zurückzuführen – gemeinschaftlich ein Projekt zu realisieren. Deshalb sind die Mitglieder einer Genossenschaft von Anfang an in ein Projekt involviert. Anders ist es bei den Investoren und der öffentlichen Hand, bei welchen die Bevölkerung um Mithilfe gebeten wird. Aus diesem Grund werden der Bevölkerung gewisse Vorgaben erteilt, damit eine Grundlage respektive Ausgangslage zur Diskussion vorliegt. Jedoch ist dabei wichtig, dass die jeweiligen Projekte noch einen Handlungsspielraum bei der Partizipation zulassen und nicht bereits konkret ausgearbeitet sind. Ein spezifisches Projekt der öffentlichen Hand zeigt, dass die Bevölkerung ohne jegliche Grundlagen überfordert war und somit den Sinn und die eigentliche Aufgabe der Partizipation nicht verstanden hat.

Weiter belegen die Projekte, dass bei Genossenschaften die Partizipation zumeist über den gesamten Planungs- und Realisierungsprozess hinweg durchgeführt wird. Dabei variiert die Partizipationstiefe. Bei manchen Genossenschaften kann bspw. bei den Grundrissen und der Fassadengestaltung aktiv mitgewirkt werden, bei anderen hingegen werden lediglich die Wohnvorstellungen der Mitglieder abgefragt und architektonische sowie technische Belange von einer Planungskommission bestimmt und definiert.

Bei Investoren und der öffentlichen Hand wiederum hat die Partizipation eine definierte Zeitdauer und wird im Rahmen einer bestimmten Phase durchgeführt. Wie die Erhebung zeigt, handelt es sich dabei am häufigsten um die Phase des Ideenwettbewerbs.

Überwiegend wird bei diesen Projektentwicklern Partizipation vor einer Volksabstimmung oder öffentlichen Auflage angewendet.

4.3.2 *Angewandte Partizipationsstufen*

Partizipation findet auf verschiedenen Stufen statt (1. Information, 2. Mitwirkung und 3. Mitbestimmung). Die Erhebung zeigt folgendes Ergebnis (Abb. 12), auf welcher Stufe primär partizipiert wird.

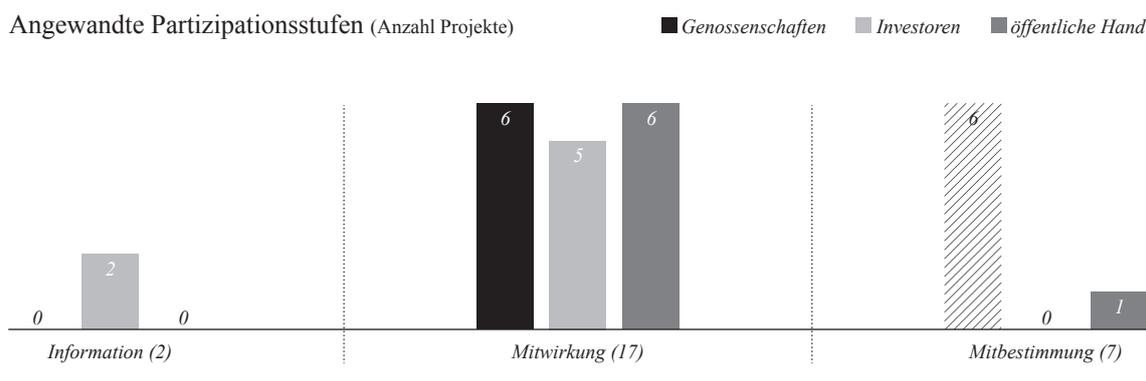


Abb. 12: Angewandte Partizipationsstufen

Dieses Ergebnis macht deutlich, dass Partizipation am häufigsten bei sämtlichen Projektentwicklern auf der zweiten Partizipationsstufe ‚Mitwirkung‘ stattfindet.

Bei den Genossenschaften ist zu beachten, dass Partizipation grundsätzlich auf der 2. und 3. Stufe stattfindet; deshalb werden die dokumentierten Projekte in beiden Stufen abgebildet. Jedoch ist die Angabe der Mitbestimmung relativ zu betrachten, da einerseits nur vereinzelt und beschränkt für gewisse Themen oder durch einzelne Vertreter der Nutzer in einer Bau- oder Planungskommission mitbestimmt werden kann und andererseits im Zuge einer General- oder Nutzerversammlung für bestimmte Themen oder das gesamte Projekt abgestimmt wird.

Bei den Investoren ist zu verzeichnen, dass Partizipation auch rein informativ eingesetzt wird. Bei der öffentlichen Hand liegt die Entscheidungshoheit prinzipiell bei den Behörden. Ein Beispiel der Erhebung zeigt die Ausnahme, dass innerhalb der Partizipation – unter Vorgabe gewisser Parameter – aktiv während des Prozesses mitbestimmt werden kann, da dieses spezifische Projekt von der Bevölkerung selbst initiiert worden ist.

4.3.3 *Angewandte Partizipationsmethoden*

Die Ergebnisse der Erhebung zeigen, dass folgende Methoden (Abb. 13) in der Praxis angewendet werden.

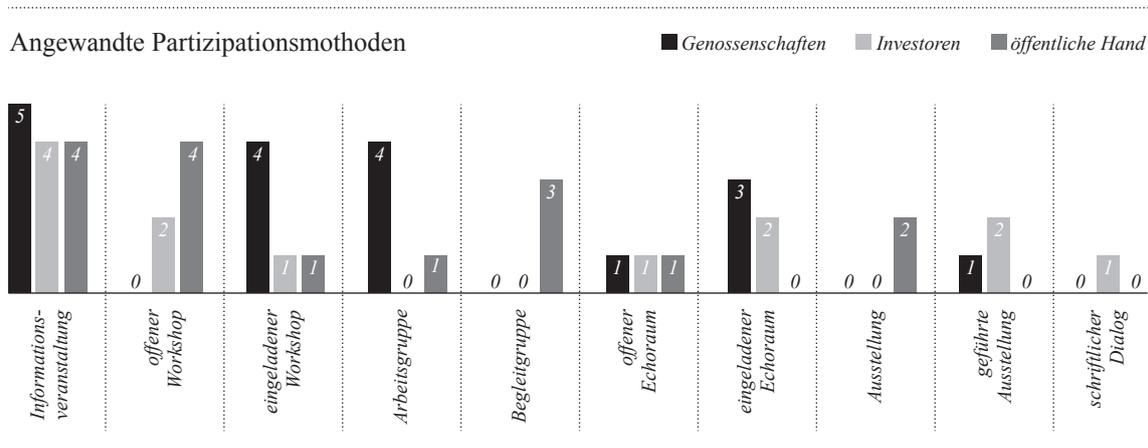


Abb. 13: Angewandte Partizipationsmethoden

Zur Erklärung der Methoden: Offen bedeutet öffentlich in dem Sinne, dass jeder aus der Bevölkerung bei einer derartigen Veranstaltung teilnehmen kann. Eingeladen hingegen benennt, dass ein bestimmter Teilnehmerkreis speziell dafür eingeladen wird. Die einzelnen Partizipationsmethoden sind in Kapitel 2.3 erläutert.

Die angewendeten Partizipationsarten ergeben einen Aufschluss über die Breite des Teilnehmerkreises. In der Partizipation wird dies als Niedrigschwelligkeit bezeichnet. Je breiter und offener der Teilnehmerkreis, desto niedrigschwelliger ist ein Verfahren.

Wie Abbildung 13 zeigt, ist die häufigste angewendete Methode die Informationsveranstaltung. Diese Veranstaltung fällt deswegen bei dieser Betrachtung besonders ins Gewicht, da Partizipationsprozesse fast ausschliesslich über eine Informationsveranstaltung gestartet und häufig geschlossen werden.

Werden hingegen die einzelnen Projektentwickler hinsichtlich der Offenheit ihrer Veranstaltungen betrachtet, so wird ersichtlich, dass Investoren und die öffentliche Hand eine sehr niedrigschwellige Art von Partizipation durchführen. Dies bedeutet, dass Investoren und die öffentliche Hand primär mit offenen Veranstaltungen partizipieren, an denen die gesamte Öffentlichkeit teilnehmen kann und nur sekundär eingeladene Workshops, mit einem bestimmten Teilnehmerkreis, durchführen. Genossenschaften operieren vorwiegend mit eingeladenen Veranstaltungen, zu welchen alle Mitglieder und vereinzelt die Bevölkerung eingeladen werden.

4.3.4 *Partizipationsabläufe bei Genossenschaften*

Wird der Aufbau eines partizipativen Prozesses bei Genossenschaften genauer betrachtet, so kann aufgrund der erhobenen Daten ein Muster erkannt werden. Die Partizipationsprozesse starten zumeist mit einer Informationsveranstaltung für alle Mitglieder, darauf folgen Workshops oder Echoräume mit partiell daraus gebildeten Arbeitsgruppen, die gezielt parallel gewisse Themen erarbeiten. Die Echoräume finden in einer gewissen Regelmässigkeit statt, um alle Mitglieder zu informieren und deren Meinungen und Anliegen aufzunehmen. Die Arbeitsgruppen werden einerseits aufgrund der Spezifikation der zu bearbeitenden Themen und andererseits zur Schaffung einer gewissen Konstanz der Teilnehmer gebildet, um die entsprechenden Themen zielgerichtet und fortlaufend abarbeiten zu können. Somit kann bei jeder folgenden Veranstaltung an die Vorherige angeknüpft werden.

Teilweise werden ab einer bestimmten Phase des Projekts nur noch Arbeitsgruppen gebildet, welche aus Interessensvertretern der gesamten Mitglieder zusammengesetzt werden. Die Mitglieder können ihre Anliegen an die Interessensvertreter melden und diese wiederum geben die Anliegen in den Arbeitsgruppen weiter. Dadurch kann zielgerichtet und effizient gearbeitet werden. Vor allem hinsichtlich der langen Dauer der Prozesse zwischen ein bis zu sechs Jahre oder mehr müssen auf unterschiedlicher Ebene Veranstaltungen stattfinden. Je konkreter das Projekt wird, desto gezieltere Veranstaltungen, wie z. B. Arbeitsgruppen, kommen zur Anwendung. Bei der Frage nach Standardprozessen gaben drei der sechs Befragten an, dass sie gewisse Standardprozesse haben, diese jedoch situativ anpassen. Ein Interviewpartner erwähnt, dass man sich an den Veröffentlichungen der öffentlichen Hand für partizipative Verfahren orientieren würde. Genossenschaften zeigen, wie im vorherigen Kapitel beschrieben, primär das Motiv, durch partizipative Verfahren den Gemeinsinn zu stärken und gemeinsam ein Projekt zu entwickeln. Wird dieses Motiv mit den angewendeten Partizipationsarten verknüpft, kann daraus geschlossen werden, dass sich alle Beteiligten aktiv und in jeder Projektphase einbringen können und das Projekt eine grosse Transparenz aufweist. Dies wird aufgrund der Dichte und Konstanz der Veranstaltungen sowie der Dauer der Verfahren über die gesamte Planungs- und Realisierungszeit erreicht.

4.3.5 *Partizipationsabläufe bei Investoren*

Die Dauer der Partizipationsprozesse bei Investoren ist im Vergleich zu den Genossenschaften deutlich kürzer und variiert zwischen ein und maximal zwei Jahren. In der Praxis zeigt sich, je länger ein Prozess andauert, desto mehr nimmt das Interesse an den Veranstaltungen ab. Deshalb können Investoren nicht schon während einer Visionsphase partizipieren, da manche Entwicklungsprojekte über Jahrzehnte dauern. Gewisse Muster lassen sich hier aus den dokumentierten Projekten nicht ableiten. Dies bestätigt ebenfalls die Aussage jedes Befragten, dass kein Standardprozess angewendet wird, sondern projektbezogen die Partizipationsprozesse erarbeitet werden.

Jedoch ist die häufigste angewendete Partizipationsform die Informationsveranstaltung, gefolgt von offenen Workshops und Echoräumen, auch Soundingboards genannt. Diese Mitwirkungsmethoden deuten auf eine Niedrigschwelligkeit der Partizipation hin, wie unter 4.3.3 beschrieben. Allgemein kann daraus abgeleitet werden, dass bei allen Prozessen eine Informationsveranstaltung als Auftakt gewählt wurde, wodurch die Bevölkerung über den weiteren Prozess informiert wird. Aufbauend auf diese Veranstaltungen folgen Workshops oder Echoräume, die zum Teil auf Einladung zustande gekommen sind, um einen gewissen Teilnehmerkreis zu binden. Eine weitere Partizipationsmethode, welche zweimal gewählt worden ist, sind geführte Ausstellungen. Es sind alle Ideenwettbewerbe des Projekts ausgestellt worden und Projektverantwortliche konnten die Vor- und Nachteile der einzelnen Projekte der Öffentlichkeit erklären und erläutern. So konnten gewisse fixierte und rechtliche Parameter vermittelt und primär das Verständnis bei der Bevölkerung geweckt werden. Eine weitere zielführende Partizipationsmethode, der schriftliche Dialog, ist von einem Investor angewendet worden. Hierbei können die Beteiligten ihre Anliegen zeit- und ortsungebunden in schriftlicher Form abgeben. Diese Methode zeigt eine sehr grosse Resonanz und lieferte hilfreiche Inputs. Allgemein sind während eines Partizipationsprozesses maximal vier Veranstaltungen durchgeführt worden.

Die Hauptmotive der Investoren sind, wie im vorherigen Kapitel beschrieben, primär Akzeptanz zu schaffen, die Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung abzuholen und eine Plattform für alle zu schaffen. Die angewandten Partizipationsmethoden machen deutlich, dass durch die niedrigschwellige und offene Art auf der einen Seite das Projekt erläutert und vermittelt sowie auf der anderen Seite eine Plattform für die Anliegen der Bevölkerung geboten wird. Zusätzlich wird durch diese Anwendungsmethoden eine gewisse Präsenz und Transparenz des Projekts geschaffen.

4.3.6 *Partizipationsabläufe bei der öffentlichen Hand*

Bei der öffentlichen Hand sind bei den Partizipationsabläufen Analogien zu den Investoren erkennbar. Die meisten Prozesse beginnen mit einer Informationsveranstaltung, darauf folgen offene Workshops und Echoräume. Partizipationsformen, welche bei den erhobenen Daten nur von der öffentlichen Hand angewendet worden sind, sind Ausstellungen im öffentlichen Raum und Begleitgruppen. Die Ausstellungen werden genutzt, um Passanten aus der Bevölkerung bereits beim Vorbeigehen anzusprechen. Durch diese Methode können die Personen direkt vor Ort oder per E-Mail flexibel und ungebunden mitwirken. Dadurch können viel mehr Meinungen gesammelt werden. Die Begleitgruppen konstituieren sich meist aus einem Kreis aus der Gemeinde, Politik und Interessensvertretern der Bevölkerung und bilden einen fixen Teilnehmerkreis zur Begleitung des Projekts. Sie funktionieren als Multiplikator in beiden Richtungen und holen bilateral die Meinungen der Bevölkerung ein, tragen diese in die Begleitgremien und umgekehrt transferieren die Interessenvertreter die Abläufe des Prozesses in die Bevölkerung.

Bei der öffentlichen Hand ist eine klare Struktur im Ablauf der Veranstaltungen zu erkennen und die Dauer der Prozesse ist auf maximal 1.5 Jahre ausgelegt. Die meisten betrachteten Projekte dauern jedoch eher ein Jahr oder noch kürzer. Allgemein sind während eines Partizipationsprozesses maximal fünf Veranstaltungen durchgeführt worden. Nur ein Projekt hat acht Veranstaltungen durchgeführt, welche sehr klar strukturiert und mit vordefinierten Themenvorgaben einzeln abgehalten worden sind.

Dies lässt darauf schliessen, dass die öffentliche Hand mit Standardprozessen arbeitet, vor allem hinsichtlich ihrer Häufigkeit der bisher durchgeführten Verfahren (im Durchschnitt 13x pro Person). Jedoch arbeitet lediglich eine Institution mit Standardprozessen und einem Leitfaden, nach welchem die Relevanz für ein partizipatives Verfahren für die einzelnen Projekte eruiert und entsprechend geplant werden.

Die öffentliche Hand verfolgt neben Akzeptanzschaffung und Informationsgenerierung vor allem, dass die Bedürfnisse und Anliegen der Öffentlichkeit abgeholt werden. Durch die klare Struktur des Prozesses und die angewendeten Partizipationsmethoden der öffentlichen Hand werden zum einen Informationen beschaffen und zum anderen wird eine Plattform für die gesamte Bevölkerung geboten, um ihre Anliegen und Bedürfnisse einzuholen.

4.3.7 Rekrutierung der Beteiligten und Kommunikation der Ergebnisse

Werden separat für jeden Projektentwickler die Rekrutierungsart, Dokumentation und Kommunikation der Ergebnisse jeder einzelnen Veranstaltung betrachtet, so sind Differenzen untereinander zu erkennen. Nachfolgende Grafik (Abb. 14) verdeutlicht die Rekrutierungsarten der einzelnen Projektentwickler für die entsprechend angewendeten Veranstaltungen (Kapitel 4.3.3). Zu den Abbildungen ist zu erläutern, dass bei der Auswertung Mehrfachnennungen gemacht worden sind; dadurch entsprechen die Antworten in der Summe mehr als den erfassten Projekten.

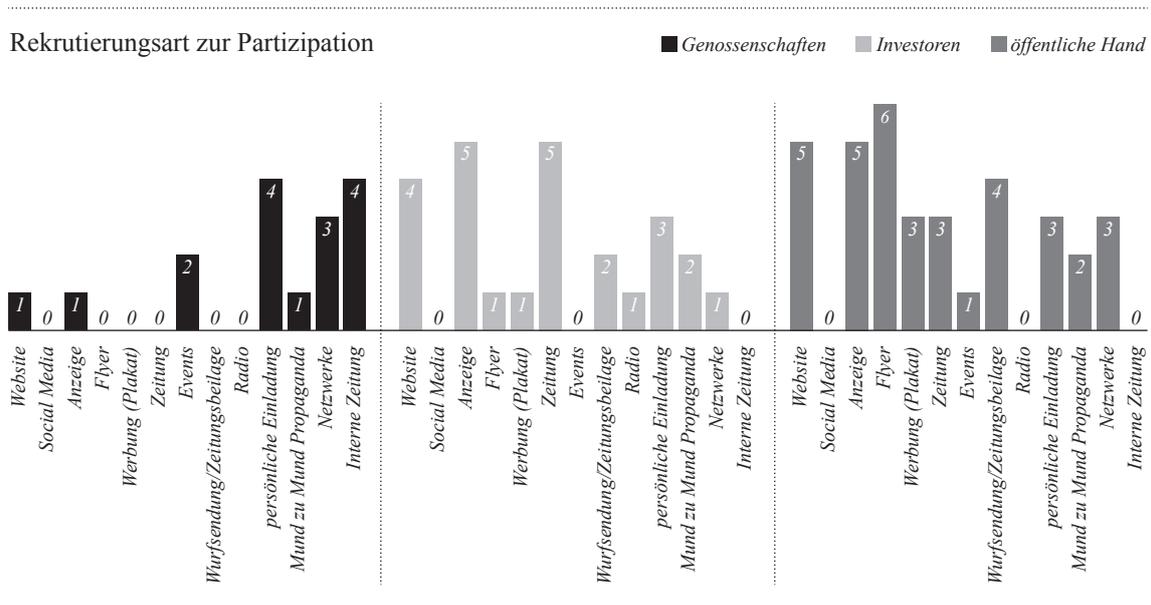


Abb. 14: Rekrutierungsart zur Partizipation

Diese Gegenüberstellung macht vor allem deutlich, dass Genossenschaften primär über persönliche Einladungen, Netzwerke und interne Genossenschaftszeitungen die Beteiligten rekrutieren, was wiederum auf ihre sehr konkrete Beteiligungsart schliessen lässt. Bei den Investoren und auch der öffentlichen Hand, welche grundsätzlich eine sehr niedrigschwellige Art der Partizipation verfolgen, werden die Beteiligten durch Anzeigen in Zeitungen, Zeitungsartikeln, Flyern und Wurfsendungen rekrutiert. Persönliche Einladung ist bei dieser Grafik zusätzlich als häufige Rekrutierungsart kenntlich, da teilweise nach einer offenen eine eingeladene Veranstaltung folgt, um mit einem konstanten Teilnehmerkreis fortzufahren.

Durch den Vergleich in der nachfolgenden Abbildung (Abb. 15) der Dokumentations- und Kommunikationsformen der Ergebnisse wird deutlich, dass Genossenschaften primär in Form von Berichten dokumentieren, während Investoren und die öffentliche Hand hauptsächlich mit Medienmitteilungen oder Protokollen die Ergebnisse belegen. Bei der Kommunikationsform verwenden Genossenschaften vorwiegend digitale Medien wie E-Mail und Website. Dies lässt einerseits darauf schliessen, dass alle Adressen der Beteiligten vorhanden sind sowie andererseits auf den Nachhaltigkeitsgedanken von Genossenschaften. Investoren hingegen verwenden am häufigsten das Medium Zeitung sowie Website und E-Mail. Dies deutet darauf hin, dass Investoren in erster Linie die breite Masse ansprechen wollen. Die öffentliche Hand kommuniziert primär über E-Mail und Website.

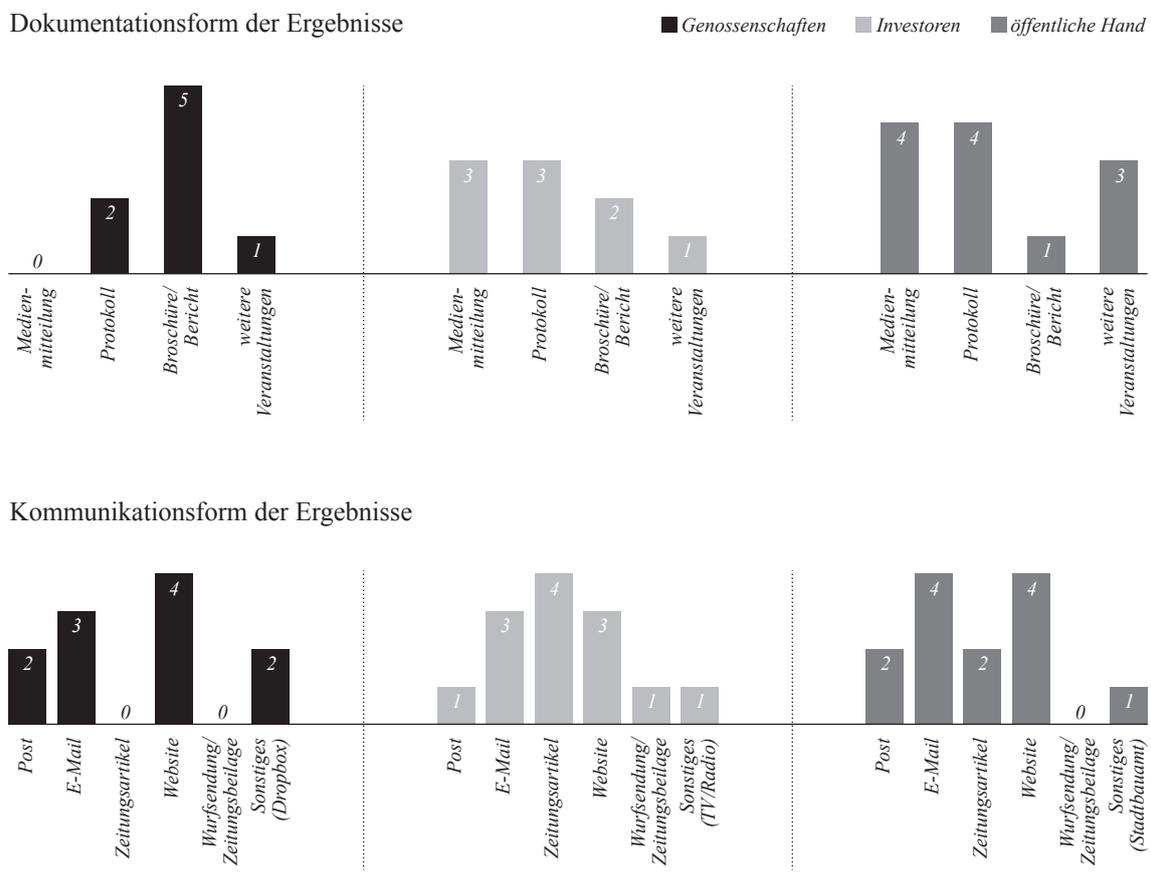


Abb. 15: Dokumentations- und Kommunikationsform der Ergebnisse

Abbildung 15 lässt aufgrund der Häufigkeit einer Kommunikation per E-Mail darauf schliessen, dass jeder Projektentwickler die Adressen der Beteiligten sammelt, jedoch die öffentliche Hand und Investoren auf freiwilliger Basis. Jeder Bürger kann vorwiegend anonym partizipieren.

4.3.8 *Organisation partizipativer Verfahren*

Anhand der nachfolgenden Grafik (Abb. 16) wird deutlich, dass externe und fachliche Unterstützung aus Kommunikations- und Moderationsagenturen bei der Planung sowie Durchführung von partizipativen Verfahren beigezogen werden. Daraus lässt sich ableiten, dass Partizipation häufig komplexe Prozesse mit sich führt und vor allem die Kommunikation eine grosse Herausforderung darstellt. Die befragten Projekte haben gezeigt: Je grösser und komplexer das Vorhaben ist, desto eher werden externe Fachkräfte, wie die Auswertung zeigt für die Organisation, Kommunikation und Moderation, mit eingebunden. Jedoch kann kein Rückschluss gezogen werden, dass die selbst organisierten Verfahren weniger erfolgreich verlaufen sind. Ebenfalls kann keine Unterscheidung zwischen den Projektentwicklern festgestellt werden, da jeder immer häufiger externe Hilfe für partizipative Verfahren beizieht.

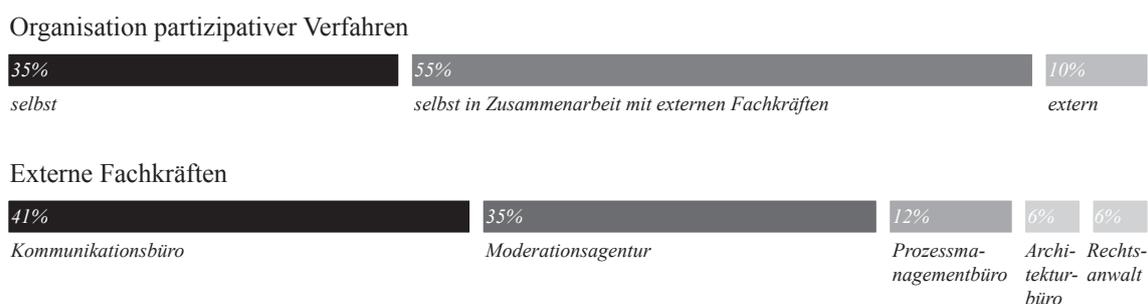


Abb. 16: Organisation partizipativer Verfahren

4.4 Nutzen und Erfolgsfaktoren partizipativer Verfahren

Nachfolgend soll das Kapitel den Nutzen von Partizipationsprozessen und mögliche Erfolgsfaktoren für partizipative Verfahren aufzeigen und gliedert sich in die Zufriedenheit mit der Beteiligung, die Resonanz der Beteiligten, den generierten Nutzen und mögliche Erfolgsfaktoren für einen positiven Verfahrensverlauf.

4.4.1 *Zufriedenheit mit der Beteiligung*

Wird die Zufriedenheit der einzelnen Projektentwickler mit der Bevölkerungsbeteiligung genauer betrachtet, kann diese nicht in der Anzahl von Beteiligten gemessen werden, da bei mehreren Veranstaltungen immer wieder die gleichen Personen anwesend sind und die Entwickler nur die gesamte Summe der Anwesenden erheben. Um die Anzahl der Beteiligten zu relativieren, sollten diese in Bezug zu der Gesamtheit aller Angesprochenen gesetzt werden. Diese Gesamtheit kann in den meisten Fällen nicht ermit-

telt werden, da bei der Mehrzahl der befragten Projekte der geografische Beteiligungsradius nicht eindeutig abgrenzbar ist. Somit ist es bspw. nicht richtig, eine Gemeinde als Gesamtheit für die Relation zu betrachten, obwohl nur die unmittelbaren Nachbarn angesprochen werden sollen. Vor allem beurteilen fast alle Entwickler ihre Zufriedenheit an der Qualität der Verfahren und nicht anhand der Quantität, somit wird die Zufriedenheit mit der Beteiligung der einzelnen Projektentwickler mittels ihrer Wahrnehmung der Verfahren bewertet.

Grundsätzlich kann jedoch beobachtet werden, dass bei jeglicher Veranstaltung im Durchschnitt zwischen 30 und 80 Personen anwesend sind. Diese Angabe gibt aber keinen repräsentativen Querschnitt wieder, zumal bei derartigen Veranstaltungen vorwiegend die kritischen Stimmen anwesend sind. Bei den Projekten, welche aufgrund der Prominenz oder Lage ein grösseres Interesse bei der Bevölkerung gehabt haben, sind bei den Veranstaltungen deutlich mehr Teilnehmer anwesend. Je mehr Veranstaltungen stattgefunden haben, desto weniger Personen können hier gezählt werden. Ein Projekt zeigt eine deutliche Unzufriedenheit bei der Beteiligung, wobei hier klar zu erkennen ist, dass der Bevölkerung ein bereits fertiges und unveränderbares Projekt im Zuge der Partizipation präsentiert worden ist, was zu grossen Unstimmigkeiten geführt hat.

Zusammenfassend lassen sich aus der erhobenen Stichprobe folgende Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Beteiligung ableiten:

- die Partizipationsstufe (Mitwirkungstiefe) muss eindeutig kommuniziert werden
- die Projekte sollten einen gewissen Handlungsspielraum offen halten
- jede Veranstaltung und deren Inhalt sollte dokumentiert und kommuniziert werden
- das gesamte Verfahren sollte eine absehbare Dauer haben (maximal 1.5 Jahre)
- es sollten nicht zu viele Veranstaltungen stattfinden (maximal 6 Veranstaltungen)
- die definierte Zielgruppe muss aktiv angesprochen werden
- vor allem sollten Betroffene durch Mitwirkung zu Beteiligten werden
- die Betroffenen sollten angehört und deren Meinungen, Anliegen und Bedürfnisse aufgenommen werden

Die demografische, soziale und geografische Verteilung der Beteiligten zeigt bei nachfolgender Grafik (Abb. 17) deutlich auf, dass insbesondere die jüngere Generation unter 35 nur schwer für partizipative Verfahren anzusprechen ist und die Mehrheit der Teilnehmer zwischen 50 und 65 Jahre alt ist. Dies lässt vermuten, dass die jüngere Generation nur eine bestimmte Anzahl von Jahren in dem betroffenen Quartier lebt und sich dadurch nicht langfristig betroffen fühlt. Weitere Vermutungen bestehen darin, dass partizipative Verfahren häufig mit politischen Verfahren in Verbindung gebracht werden und deshalb das Interesse daran geringer ist oder die jüngere Generation aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen möchte.

Demografische Verteilung der Beteiligten



Soziale Schicht



Geschlecht



Herkunft



Abb. 17: Demografische, soziale und geografische Verteilung der Beteiligten

Zudem zeigt die Grafik, dass eher die soziale Mittelschicht an Mitwirkungsverfahren teilnimmt sowie eine leichte Tendenz zu einer höheren männlichen Beteiligung zu verzeichnen ist. Dies kann daran liegen, dass bei planerischen Themen eher die männliche Bevölkerung angesprochen wird. Bezüglich der sozialen Schicht liegt die Vermutung nahe, dass die Unterschicht eventuell weniger Kenntnis hinsichtlich derartiger Verfahren hat, keinen Nutzen für sich aus solchen Prozessen ziehen kann oder oft eine sprachliche Barriere vorhanden ist. Aus der geografischen Verteilung wird deutlich, dass die Beteiligten aus dem unmittelbaren Umfeld kommen. Vor allem sind die Ausreisser von Agglomeration, Kanton und der restlichen Schweiz nur bei den Genossenschaften zu verzeichnen, da hier für neue Wohnbauprojekte aktiv nach Mitgliedern in der ganzen

Schweiz gesucht worden ist und diese anschliessend Teilnehmer der partizipativen Verfahren gewesen sind.

Bei der Erhebung ist festzustellen, dass keines der befragten Projekte aufgrund einer politischen Vorgabe ein partizipatives Verfahren durchgeführt hat. Von fast allen Befragten kann eine positive Haltung der Politik (Exekutive und Legislative) zum Verfahren bestätigt werden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die meisten Projekte eine Veränderung und damit in den meisten Fällen eine einhergehende Verbesserung für den Standort bringen. Grundsätzlich werden die Behörden sehr früh in das Projekt von allen Projektentwicklern involviert, um dadurch von der Politik eine gewisse Unterstützung zu erhalten. Bei einem Projekt der Investoren wurde während des Verfahrens eine gewisse Unzufriedenheit bei der Politik festgestellt, da diese sich in ihrer Rolle als Volksvertreter zum Teil durch das Verfahren vernachlässigt sahen.

4.4.2 *Resonanz der Beteiligten zum Verfahren und Projekt*

In der vorliegenden Stichprobe werden ausschliesslich die Projektentwickler zum Verlauf des Verfahrens befragt und nicht die Beteiligten. Wird versucht, die Resonanz der Beteiligten hinsichtlich der Entwickler herauszufinden, wird das Aufkommen einer positiven oder negativen Eigendynamik der Bevölkerung während des Verfahrens abgefragt sowie nach Gegner der Projekte oder der Verfahren gefragt.

Wird die Eigendynamik, welche ein solches Verfahren bei der Bevölkerung auslösen kann, beurteilt, ist bei den Genossenschaften vor allem ein Aspekt bei mehr als der Hälfte der Befragten genannt worden: Durch das partizipative Verfahren haben sich selbstständig Gruppen zusammengeschlossen und sich einem bestimmten Themengebiet angenommen, welche nach Fertigstellung des Projekts immer noch als Gruppe für einen bestimmten Aufgabenbereich funktionieren. Bei bestehenden Siedlungen hat ein reger Austausch unter den derzeitigen Bewohnern durch das Verfahren auf der Strasse stattgefunden.

Bei der Gruppe der Investoren und der öffentlichen Hand kann keine einheitliche positive oder negative Eigendynamik bei der Bevölkerung festgestellt werden. Die Reaktionen der Bevölkerung sind äußerst projektspezifisch. Bei den Investoren ist kein Projekt existent gewesen, bei welchem eine Petition gegen das Verfahren oder Projekt durch die Bevölkerung aufgebaut worden ist. Bei einem Projekt kann jedoch eine erwähnenswerte positive Eigendynamik festgestellt werden, bei welchem der dortige Quartierverein durch ein Zurverfügungstellen von leeren Gebäuden des Investors starke Eigeninitiative

ergriffen und bspw. Events selbständig organisiert hat. Bei der öffentlichen Hand ist ein Projekt dokumentiert worden, bei welchem die Bevölkerung eine sehr negative Eigendynamik entwickelt und eine Petition gegen das Projekt gestartet hat. Die Gründe für die dortige Eigendynamik könnten in der Vorgehensweise der öffentlichen Hand bei dem entsprechenden Verfahren begründet sein. Der Bevölkerung ist bei diesem speziellen Projekt ein fertiger, unverrückbarer Plan im Zuge der Partizipation präsentiert worden, wodurch sich die Bevölkerung übergangen gefühlt hat und mit dem Entwurf nicht einverstanden gewesen ist. Dies hätte vermieden werden können, indem der Bevölkerung die Vor- und Nachteile der Alternative aufgezeigt und die neue Lösung besser begründet worden wäre. Vor allem hätte die Bevölkerung früher involviert werden müssen. Dem entgegengesetzt hat ein anderes Projekt eine sehr positive Eigendynamik entwickelt. Hier hat sich im Zuge der Partizipation eine Gruppierung gegründet, die parallel selbst eine Testplanung des Projekts zum Verfahren geführt hat, dadurch sind sehr gute Inputs für das Quartier eingebracht und vor allem Lösungen für Zwischennutzungen eruiert worden. Diese Gruppierung ist ein aktiver Bestandteil jeder Veranstaltung.

Aufgrund der Resonanz der Bevölkerung der dokumentierten Projekte sind kaum Gegner des Verfahrens ausgemacht worden, jedoch haben sich gewisse Widersprecher des Projekts abgezeichnet. Dies lässt darauf schliessen, dass die Bevölkerung grundsätzlich Mitwirkungsverfahren positiv gegenübersteht, jedoch sollte Partizipation nicht im Sinne einer Alibiaktion⁴⁸ ausgenutzt werden. Bei den Genossenschaften sind teilweise Kritiker der Projekte zu verzeichnen, da das Geld der Genossenschafter für visionäre Vorhaben verwendet wird und eine Ungewissheit über dessen Erfolg besteht. Bei den Investoren hingegen sind deutlich mehr Gegner der Projekte existent. Dies lässt darauf schliessen, dass vor allem die Projekte durch derartige Verfahren öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und zumeist durch die Projektgrösse deutliche Veränderungen in der Umgebung mit sich bringen. Ein konkretes Projekt der Investoren verzeichnet eine Initiative, die nicht direkt gegen das entsprechende Projekt ist, sondern allgemein Freiräume in den Städten fordert. Jedoch ist bei sämtlichen Investoren zu erkennen gewesen, dass durch das Verfahren und die damit verbundene Information und Kommunikation die Gegner abgeholt worden sind und vor allem deren Bedürfnisse und Anliegen eine Plattform erhalten haben. Bei der öffentlichen Hand sind, wie zuvor oben beschrieben, bei einem

⁴⁸ Vgl. Arnstein 1969, S. 217

Projekt Gegner des Verfahrens sowie des Projekts, aufgrund der falschen Herangehensweise und Kommunikation der Partizipation, zu verzeichnen.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass bei den Genossenschaften eher weniger Gegner und eine positive Eigendynamik zu verzeichnen sind, was wiederum auf die demokratische Organisation und den Gemeinschaftssinn von Genossenschaften sowie einen gewissen Eigennutzen der Mitglieder an ihrem künftigen Wohnraum zurückzuführen ist. Bei der öffentlichen Hand und den Investoren treten häufiger Gegner der Projekte auf, was wiederum auf die Öffentlichkeit, Grösse und Prominenz der Projekte schliessen lässt. Jedoch konnten einheitlich fast alle Gegner durch das Verfahren abgeholt und zu einem gewissen Grad vom Gegenteil überzeugt werden. Dies bestätigt, dass Partizipation durchgeführt werden sollte, um den kritischen Stimmen eine Plattform zu bieten⁴⁹ und bei diesen das Verständnis für das Projekt zu wecken.

4.4.3 Nutzen der Verfahren

Würde die Anzahl der Einsprachen als Messfaktor des Nutzens von partizipativen Verfahren gelten, so ist zu erwähnen, dass fast alle der bisher bewilligten Projekte (75 % der Stichprobe) keine Einsprache erhalten haben oder mit einer eindeutigen Mehrheit bei Volksabstimmungen von über 66 % angenommen worden sind. Lediglich ein Projekt erhielt eine Einsprache, welche aber in sehr kurzer Zeit bewältigt werden konnten. Es ist auffallend, dass diese partizipativ geführten Projekte keine bis sehr wenige Einsprachen gehabt haben. Diese Aussage muss nicht ausschliesslich auf den Nutzen von Mitwirkungsverfahren zurückzuführen sein, da nicht erhoben werden kann, wie viele Einsprachen diese Projekte ohne Partizipation bekommen hätten. Bei zwei grossen Arealentwicklungen von mehr als 50'000 m² Geschossfläche und einer Platzgestaltung der öffentlichen Hand ist es zu Abstimmungen gekommen, bevor partizipiert worden ist. Diese Projekte haben jeweils maximal drei Einsprachen erhalten, woraufhin diese partizipativ geführt wurden. Nach der Partizipation sind diese drei genannten Projekte ohne Gegenstimmen genehmigt worden. Voraussetzung dafür ist nicht allein die Partizipation, sondern dass man die Anliegen der Bevölkerung aufnimmt und verarbeitet. Eines der erfassten Projekte hat ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt und ist anschliessend abgelehnt worden. Bei diesem bereits mehrmals erwähnten Negativbeispiel ist eindeutig zu konkludieren, wie bereits in Kapitel 4.4.2 beschrieben, dass der Prozess der Partizipation nicht richtig geführt worden ist. Dieses negativ verlaufende Verfahren ist deut-

⁴⁹ Vgl. Wagner 2013, S. 29-30

lich auf einen Kommunikationsfehler zurückzuführen, da nicht die Gründe sowie Vor- und Nachteile oder Alternativen des Projekts aufgezeigt worden sind.

Zusammenfassend kann keine eindeutige Aussage darüber gemacht werden, dass Partizipation zu einer positiven Abstimmung führt, da keine nicht partizipativ geführten Projekte verglichen worden sind. Jedoch ist erwähnenswert und auffallend, dass die Projekte der Stichprobe alle keine bis sehr wenige Einsprachen erhalten haben.

Wird der Nutzen von Partizipation nicht nur quantitativ betrachtet, so ist bei den Befragten abgefragt worden, ob die Motive zur Durchführung eines partizipativen Verfahrens (siehe Kapitel 4.2) erfüllt worden sind und welcher zusätzliche Nutzen lediglich durch das Verfahren generiert werden konnte, mit welchem anfänglich nicht gerechnet worden ist. Generell kann für sämtliche Entwickler konstatiert werden, dass vor allem durch Partizipation das Verständnis für das Projekt deutlich erhöht und somit die Akzeptanz geschaffen worden ist. Den Beteiligten kann vor allem vermittelt werden, welche rechtlichen Parameter einzuhalten und warum gewisse Forderungen nicht umsetzbar sind. Folglich erhält die Bevölkerung einen Zugang zum Projekt und der gesamte Verfahrens- und Projektierungsverlauf wird transparenter. Die Bevölkerung hat nicht das Gefühl, vor vollendeten Tatsachen zu stehen. Ebenfalls kann konkret von fast allen Entwicklern anhand bestimmter Beispiele erläutert werden, dass das Projekt durch das Mitwirkungsverfahren deutlich verbessert und optimiert werden konnte. So sind bspw. neue Technologien angewendet und weiter entwickelt, Platzverhältnisse sind optimiert und besser ausgenutzt worden. Nutzen kann nur generiert werden, wenn das Projekt einen gewissen Handlungsspielraum für die Partizipation offen hält und vor allem aktiv die Bevölkerung dazu aufgefordert wird, Ideen und Meinungen einzubringen.

Ein weiterer häufig genannter Nutzen durch die Partizipation besteht in der Überzeugung der Kritiker. Dies hängt vor allem mit der Kommunikation und der Transparenz der Verfahren zusammen. Zudem können durch die Partizipation die Kritiker oder kritisierten Punkte des Projekts ermittelt und gezielt darauf reagiert werden.

Grundsätzlich erhalten alle Projekte durch die Partizipation ein Gesicht, Hierarchien zwischen der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern können abgebaut werden und Beteiligte können ihre Anliegen einbringen.

Ein weiterer interessanter Nutzen, der von der öffentlichen Hand genannt worden ist, besteht darin, dass der partizipative Prozess eine Weiterbildung, eine Art Lehre für alle gewesen ist. Der Bevölkerung kann der Planungsprozess, die Dauer und das Ausmass eines Projekts vermittelt werden. Bereits bei einem weiteren Projekt kann der Interviewpartner diesen Nutzen verzeichnen, da seitens der Bevölkerung hinsichtlich der

langen Prozesse seit der ersten Partizipation ein viel grösseres Verständnis aufgebracht wird. Auf der anderen Seite ist es für die Entwickler ein Lernprozess über die Denk- und Sichtweise der Bevölkerung und vor allem konnte festgestellt werden, dass sehr oft ein enormes Informationsdefizit bei den Bürgern vorhanden ist. Bei der öffentlichen Hand ist ein wesentlicher Nutzen zu erwähnen, dass durch die Partizipation die Verwaltung oder Behörde und deren Arbeitsweisen transparenter erscheinen. Von zwei der Befragten ist explizit erwähnt worden, dass sich die Bevölkerung durch die Partizipation untereinander besser kennengelernt hat, teilweise Gemeindegrenzen überwunden worden und Synergien zwischen Gemeinden entstanden sind.

Bei den Investoren sind als Aspekte genannt worden, dass durch die Partizipation die Kommunikation selbst gesteuert wird und die Informationen direkt weitergegeben und dadurch in den meisten Fällen Informationsdefizite abgebaut werden. Zusätzlich ist ein Vertrauenskapital dadurch aufgebaut worden, dass Investoren die Partizipation sehr transparent durch die niedrighschwellige Art und für jeden zugänglich gestaltet haben. Ein nicht vorhersehbarer und beabsichtigter Nutzen besteht darin, dass durch die Partizipation ein gewisser Marketingeffekt entsteht. Bei bspw. einem konkreten Projekt sind durch Zurverfügungstellen von leeren, nicht genutzten Gebäuden auf dem Areal Events des dortigen Quartiervereins organisiert und somit die Aufmerksamkeit auf das Projekt gelenkt worden. Dieser Nutzen sollte als ‚nice to have‘ betrachtet und nicht die Partizipation zur Vermarktung ausgenutzt werden. Zudem funktionieren die Teilnehmer als Multiplikatoren und tragen das Projekt in das Quartier weiter.⁵⁰

Von allen Genossenschaften ist ein Nutzen genannt worden, dass durch Partizipation der Gemeinschaftssinn der Genossenschaft enorm gesteigert und gestärkt sowie ein grosses Vertrauen in den Vorstand aufgebaut worden ist. Bei den realisierten Projekten ist einheitlich zu erkennen, dass die Bewohner eine Gemeinschaft bilden und dass geschlossene Gruppierungen während und nach der Partizipation für bestimmte Themen weiterhin in der gleichen Konstellation für einen Bereich verantwortlich sind.

⁵⁰ Vgl. Wagner 2013, S. 30

4.4.4 *Eruierte Erfolgsfaktoren*

Wird versucht, aus den erfolgreichen Projekten der Stichprobe die Erfolgsfaktoren zu eruiieren, welche jedoch keine Garantie für ein positives Verfahren darstellen, ist bei den Entwicklern zu erkennen, dass folgende Punkte eingehalten wurden:

- Der wichtigste Faktor ist die richtige Kommunikation. Bei allen bisher aufgeführten Faktoren ist zu erkennen, dass eine klare und transparente Kommunikation unumgänglich ist. Informationen müssen häufig wiederholt und vor allem auf Augenhöhe kommuniziert werden. In diesem Kontext hat es sich auch als förderlich herausgestellt, bewusst professionelle Unterstützung in Anspruch zu nehmen.
- Am Anfang sollte die entsprechende Zielgruppe, Partizipationsmethode und -stufe genau eruiert und definiert werden.
- Die Grenzen der Mitwirkung und die entsprechende Partizipationsstufe sind eindeutig einzugrenzen und zu kommunizieren. Vor allem muss begründet werden, warum die Grenzen gegeben sind und dass bei gewissen Themen bspw. nur informiert werden kann. Diese Information sollte kontinuierlich wiederholt und den Beteiligten nahe gebracht werden.
- Es sollten die entsprechenden Medienkanäle zu der Rekrutierung der Beteiligten und Kommunikation der Ergebnisse gewählt werden, damit die entsprechende Zielgruppe und die Teilnehmer der Verfahren die Ergebnisse erhalten.
- Grundsätzlich sollte als Auftakt der Partizipation eine Informationsveranstaltung zur Erklärung des Projekts sowie des Verfahrens stattfinden und zusätzlich am Ende der Prozesse eine Schlussveranstaltung, um die Ergebnisse reflektieren zu können.
- Nach den ersten offenen Partizipationsmethoden sollten möglichst weitere themenbezogene Veranstaltungen durchgeführt werden, um sich konkret mit einer Thematik auseinanderzusetzen.
- Es ist wichtig, der Bevölkerung zu Beginn des Verfahrens gewisse Parameter oder Varianten aufzeigen zu können, um eine Diskussionsgrundlage zu haben. Jedoch darf nicht ein fertiges Projekt vorliegen. Partizipation benötigt einen gewissen Handlungsspielraum, sonst verstehen die Beteiligten nicht den Sinn der Mitwirkung und Partizipation wird als Alibiaktion wahrgenommen. Das jeweilige Projekt muss eindeutig aufgezeigt und vor allem müssen die rechtlichen Planungsparameter und -grenzen dargelegt werden.

- Der gesamte Prozess muss sehr offen und transparent gestaltet sein. Es darf bei den Beteiligten nicht das Gefühl aufkommen, dass gewisse Informationen vorenthalten werden. Andererseits darf aber auch nicht zu viel versprochen werden.
- Das Verfahren sollte eine klare Struktur und eine konsequente Führung haben.
- Die Inputs der Beteiligten müssen aufgenommen und dokumentiert werden. Die nicht dokumentierten Anliegen müssen begründet werden. Grundsätzlich sollten die Anliegen der Bevölkerung richtig gedeutet und gewichtet werden, um somit gewisse Bedürfnisse nicht über- oder unterzubewerten.
- Die Veranstaltungen sollten mit einer gewissen Regelmässigkeit stattfinden. Der gesamte Prozess eines Verfahrens sollte jedoch nicht zu lange andauern, da die Bereitschaft zur Teilnahme mit zunehmender Dauer abnimmt.⁵¹
- Es sollte für alle Beteiligten eine Plattform geschaffen und offene Meinungsäusserung zugelassen werden.
- Die Kontaktdaten der Beteiligten sollten bewusst gesammelt werden, um einerseits die Ergebnisse des Verfahrens persönlich zu kommunizieren und andererseits gewisse Teilnehmer für weitere Veranstaltungen einzubeziehen.
- Ein wichtiger Faktor besteht darin, die Zeitschiene des Projekts und des Verfahrens regelmässig aufzuzeigen.
- Konkrete und klare Fragen für die Beteiligten müssen formuliert sowie unangenehme Dinge proaktiv angesprochen werden.
- Es hat sich bewährt, professionelle Unterstützung für gewisse Bereiche in Anspruch zu nehmen, da vielmals die Komplexität dieser Verfahren unterschätzt wird.
 1. Für die Kommunikation vor, während und nach partizipativen Verfahren hat es sich bewährt, Fachkompetenz einzusetzen, damit die entsprechenden Informationen zum richtigen Zeitpunkt kommuniziert werden.
 2. Für die Organisation ist aufgrund der Komplexität von Mitwirkungsverfahren professionelle Unterstützung für den gesamten Ablauf des Prozesses hilfreich.
 3. Für die Moderation ist externe Hilfe nützlich, um während einer Veranstaltung als Entwickler unter den Teilnehmern zu sein und deren Anliegen anhören zu können.

⁵¹ Vgl. Hongler et al. 2008, S. 15

5 Schlussbetrachtung

Im Schlusskapitel wird ein Fazit zu den Fragestellungen gezogen, die Forschungsmethodik kritisch hinterfragt und ein Ausblick für weitere Untersuchungen aufgestellt.

5.1 Fazit

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung und Anwendung von Bevölkerungsbeteiligung und -mitwirkung in der Planungspraxis, soll die vorliegende Arbeit Erkenntnisse über den Nutzen von partizipativen Verfahren aus Sicht der Projektentwickler liefern. Dabei werden insbesondere die Motive zur Durchführung von Partizipationsprozessen fokussiert und die Frage erörtert, ob diese Absichten erfüllt werden und welcher Nutzen aus Mitwirkungsverfahren entsteht. Zusätzlich wird ermittelt, für welche Projekte partizipative Verfahren angewendet werden und mit welcher Methode sowie auf welcher Partizipationsstufe Projektentwickler diese Verfahren durchführen.

Generell kann bezüglich der Ergebnisse festgehalten werden, dass Partizipation für unterschiedlichste Projekte (Wohnungsbau, Arealentwicklungen, Richtpläne, öffentliche Plätze, Strassenzüge etc.) angewendet wird. Als Tendenz der Befragung ist jedoch zu erkennen, dass die meisten partizipativ geführten Projekte eine gewisse Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und vor allem eine hohe Komplexität aufweisen. Dies bedeutet konkret, dass die Projekte eine Geschossfläche zwischen 10'000 m² bis hin zu 270'000 m² aufweisen, aus mehreren Nutzungen bestehen sowie an einem markanten Standort liegen. Diese Projekte bedingen zumeist eine Veränderung der bestehenden Situation und werden nach Fertigstellung partiell von der Öffentlichkeit genutzt. Aufgrund dessen ist es bei solchen Projekten unumgänglich, die Bevölkerung zu einem gewissen Grad an Mitwirkung einzubeziehen. Dies lässt darauf schliessen, dass Partizipation vor allem dann eingesetzt wird, wenn es Betroffene der neuen Situation gibt.

Bei der Prüfung, warum Projektentwickler partizipative Verfahren durchführen, können Unterschiede zwischen den einzelnen Projektentwicklern festgestellt werden. Die Genossenschaften haben primär die Motive durch die Partizipation Informationen und Wissen zu den Wohnvorstellungen der Mitglieder zu generieren und vor allem gemeinschaftlich ein Projekt zu realisieren. In diesem Kontext muss betrachtet werden, dass Genossenschaften fast ausschliesslich mit derzeitigen oder künftigen Nutzern partizipieren. Bei den Investoren und der öffentlichen Hand sind Analogien in ihren Motiven zu erkennen. Es kann abgelesen werden, dass durch die Partizipation primär Akzeptanz

geschaffen und mit dieser einhergehend eine positive Abstimmung für das Projekt erreicht werden möchte. Zusätzlich sollten Informationen und Wissen für ein besseres Projekt generiert werden. Investoren und die öffentliche Hand zielen mithilfe von partizipativen Verfahren darauf ab, die Anliegen, Bedürfnisse und kritischen Stimmen der Bevölkerung herauszufinden, um darauf reagieren zu können. Als weiteres sehr interessantes Motiv sollte hier genannt werden, dass Partizipation eingesetzt wird, um selbst als Projektentwickler informieren und kommunizieren zu können, um zu verhindern, dass durch Dritte Informationen verzerrt werden.

Grundsätzlich hat die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit, bei partizipativen Verfahren mitzuwirken. Allerdings sollte bei den Entwicklern unterschieden werden, da Genossenschaften primär mit derzeitigen oder künftigen Nutzern, d. h. Mitglieder der Genossenschaft, partizipieren. Bei Investoren und der öffentlichen Hand wiederum wird in der Regel mit einem grösseren Bevölkerungskreis partizipiert.

Bei dem Grad der Mitwirkung gehen lediglich die Genossenschaften über die 2. Partizipationsstufe ‚Mitwirkung‘ hinaus und die Teilnehmer können zum Teil bei gewissen Prozessen mitbestimmen. Diese Mitbestimmung ist differenziert zu betrachten, da die Beteiligten als Genossenschafter das Recht auf Mitbestimmung im Zuge von Generalversammlungen auch ausserhalb von partizipativen Verfahren haben. Allerdings finden Nutzerversammlungen im Zuge der Partizipation statt, an welchen gewisse Entscheide getroffen werden. Bei den Investoren und der öffentlichen Hand geht der Grad der Mitwirkung nicht über die 2. Stufe hinaus. Diese Gruppe von Projektentwicklern nutzt Partizipation am häufigsten, um die Meinungen der Bevölkerung zu ermitteln. Auf rein informativer Ebene werden wenige Prozesse geführt und nur Themen behandelt, die keinen Handlungsspielraum für eine Mitwirkung aufweisen. Der Grad der Mitbestimmung findet bei den Investoren und der öffentlichen Hand nicht im Zuge der Partizipation statt, da durch eine Volksabstimmung oder öffentliche Auflage meist die Bevölkerung anschliessend über das Projekt abstimmen respektive gegen ein Projekt Einspruch erheben kann.

Bei den Partizipationsmethoden ist zu erkennen, dass hauptsächlich Informationsveranstaltungen, Workshops, Echoräume und Begleit- oder Arbeitsgruppen angewendet werden. Als Startveranstaltung werden fast ausschliesslich Informationsveranstaltungen gewählt, um grundsätzlich über das Projekt, das Vorgehen der Partizipation und den Grad der Mitwirkung eindeutig zu informieren. Werden diese Parameter nicht eindeutig kommuniziert, sind häufig Missverständnissen bei den Beteiligten aufgrund unterschiedlichen Erwartungen an das Verfahren zu verzeichnen. Hinsichtlich der Niedrigschwelligkeit

der Partizipation gestalten Investoren und die öffentliche Hand die Veranstaltungen sehr offen und jeder kann daran teilnehmen. Auf diese Weise wird eine Plattform für die gesamte Bevölkerung geschaffen. Die Genossenschaften hingegen laden zumeist nur ihre Mitglieder ein. Genossenschaften arbeiten häufig mit Arbeitsgruppen, um dadurch effektiv zu gewissen Themen Lösungen zu erarbeiten.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht die Dauer der Verfahren ausser Acht gelassen werden. Ein partizipatives Verfahren bei Genossenschaften dauert mehrere Jahre, während ein Verfahren der öffentlichen Hand oder von Investoren einen absehbaren Zeithorizont aufweisen muss oder partiell im Planungsverlauf abgeschlossen werden sollte, um den Beteiligten ein Ziel vor Augen führen zu können. Bei den Genossenschaften beteiligen sich die Mitglieder aufgrund der demokratischen Organisation und des Gemeinschafts sinns sowie aus einem gewissen Eigennutzen der Mitglieder an ihrem künftigen Wohnraum und dieser Antrieb fehlt bei der Bevölkerung. Daraus ist zu schliessen, dass auch die einzelnen Verfahren der Investoren und öffentlichen Hand maximal über einen Zeitraum von einem Jahr dauern sollten, da darüberhinaus die Bereitschaft der Bevölkerung zur Mitwirkung sinkt. Dem kann entgegengewirkt werden, indem der Bevölkerung eine gewisse Nutzung zur Verfügung gestellt wird, wie bspw. braches Land für Urban Gardening oder Gebäude für Zwischennutzungen, um die Eigeninitiative der Öffentlichkeit und die Identifikation mit dem Ort zu fördern, wie es von einem Investor als erfolgreiches Beispiel genannt worden ist.

Die Rekrutierungsart der einzelnen Entwickler lässt auf die Offenheit der Veranstaltungen schliessen. Investoren und die öffentliche Hand rekrutieren am häufigsten über öffentliche Medien, wie Zeitungen, Anzeigen, Flyer und Websites. Genossenschaften laden häufig über Newsletter, Genossenschaftszeitungen und deren Website ein. Bei der Kommunikation der Ergebnisse werden bei Genossenschaften häufig Protokolle und Berichte erstellt und über Website und E-Mail an alle Beteiligten verteilt, wohingegen bei den Investoren und der öffentlichen Hand häufig durch Medienmitteilungen die Ergebnisse kommuniziert werden, um die gesamte Bevölkerung zu informieren.

Die Altersverteilung derartiger Prozesse zeigt bei allen Entwicklern auf, dass die Generation unter 35 Jahren kaum vertreten ist. Dies könnte u. a. daran liegen, dass diese noch junge Generation aufgrund der Flexibilität der heutigen Gesellschaft nicht an einem Standort verwurzelt ist und aus zeitlichen oder anderen Gründen ein Desinteresse besteht. Ein möglicher Ansatzpunkt bestünde darin, über Social Media die jüngere Generation einzubeziehen oder Partizipation auf Online-Basis durchzuführen. Die Form der E-Partizipation wird bei keinem der befragten Projekte angewendet.

Partizipation ist oftmals mit sehr komplexen Strukturen verbunden und der Aufwand eines solchen Prozesses wird häufig unterschätzt. Insbesondere ist es essenziell, diese Verfahren professionell zu organisieren, damit nicht das Gegenteil des Erhofften eintritt. Die Kommunikation ist, wie bereits erwähnt, zentrales Element der Partizipation, welche sorgfältig und zielführend eingesetzt werden muss. Es ist bei der Stichprobe zu erkennen, dass inzwischen häufig externe Unterstützung zur Organisation, Moderation und Kommunikation während eines partizipativen Verfahrens beigezogen wird.

Bei der Prüfung des Nutzens ist auffallend, dass sämtliche Projekte aus der Stichprobe keine oder maximal eine Einsprache erhalten haben. Wie bereits im vorhergehenden Kapitel beschrieben, kann dieser Erfolg partiell auf die Partizipation zurückgeführt werden, aber ist kein Indiz dafür, dass partizipativ geführte Projekte grundsätzlich keine Einsprachen erhalten. Bei der Prüfung der qualitativen Faktoren des Nutzens kann zusammenfassend gesagt werden, dass Partizipation bei jedem Projekt, auch bei negativ verlaufenden Projekten, einen Nutzen generieren kann. Vornehmlich ist festzuhalten, dass durch die Partizipation jedes Projekt verbessert, das Vertrauen und der Gemeinsinn gestärkt, das Verständnis für Planungsprozesse und die Akzeptanz für das Projekt nachhaltig geschaffen werden kann. Zusätzlich lernen sich die Betroffenen untereinander besser kennen.

Genossenschaften führen aufgrund ihrer gemeinnützigen Struktur grundsätzlich partizipative Verfahren während eines gesamten Planungs- und Realisierungsprozesses durch. Bezüglich der öffentlichen Hand und den Investoren ist bei der Stichprobe einheitlich abzulesen, dass Partizipation projektabhängig ist. Voraussetzungen für einen partizipativen Prozess lauten:

- Sind Informationslücken oder gewisse Bedürfnisse von aussen abzulesen, ist Partizipation unumgänglich. In diesem Fall kann Partizipation zusätzlich auf Informationsebene als Kommunikationselement eingesetzt werden.
- Bestehen gewisse Informationslücken seitens der Entwickler, wenn bspw. der Markt und die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht bekannt sind, hilft ein partizipatives Verfahren bei der Generierung von Informationen und Wissen.
- Für einen Mitwirkungsprozess muss das entsprechende Projekt einen gewissen Handlungsspielraum aufweisen. Wenn bei einem Projekt bereits alles fixiert ist, führt Partizipation eher in das Negative oder es muss kommuniziert werden, dass nur auf der Stufe ‚Information‘ partizipiert wird. Vor allem muss in diesem Fall kommuniziert werden, warum das Projekt keine Handlungsspielräume für eine Mitwirkung hat.

Zusammenfassend ist Partizipation ein komplexer Sachverhalt und das Verfahren bedingt eine gründliche Planung. Es ist genau zu definieren, wann und in welcher Form sowie Tiefe partizipiert werden sollte. Vor allem ist die Kommunikation vor, während und nach der Partizipation ein wesentlicher Bestandteil, welcher nicht vernachlässigt werden darf.

5.2 Diskussion und Kritik der Methode

Im Wesentlichen kann gesagt werden, dass die angewandte Erhebungsmethode für eine qualitative Untersuchung einen umfassenden Datensatz ermöglicht hat. Zu beachten ist, dass nur eines der 20 Projekte aus der Stichprobe ein gescheitertes Verfahren repräsentiert. Jedoch können zum einen bei der Wahl der Stichprobe nicht bei jeder Kategorie der Projektentwickler negativ verlaufende Mitwirkungsverfahren gefunden werden und zum anderen sind entsprechende Interviewpartner nicht bereit, darüber Auskunft zu geben. Prinzipiell lässt die Befragung von 20 Projekten keine Verallgemeinerung zu – es können lediglich Tendenzen abgeleitet werden.

Gut bewährt hat sich die klare und aufbauende Struktur der Interviews. Dadurch sind keine Fakten vergessen worden abzufragen und die Interviews konnten anschliessend einfacher ausgewertet und verglichen werden, da gewisse Kategorien bereits vorher definiert worden sind. Vor allem reflektierten dabei die Befragten während des Interviews noch einmal das gesamte Verfahren, was mehrmals bestätigt wurde.

Eine Schwierigkeit zeigt sich in der Kategorisierung der Projektentwickler. Genossenschaften partizipieren aufgrund ihrer demokratischen und gemeinnützigen Organisation grundsätzlich und fast nur mit Mitgliedern ihrer Genossenschaft. Hingegen entscheiden sich Investoren und die öffentliche Hand eher situativ für ein partizipatives Verfahren und überwiegend wird dafür ein grösserer Bevölkerungskreis rekrutiert. Dadurch können nicht immer Rückschlüsse unter allen Projektentwicklern gezogen werden, sondern es muss meist eine Unterscheidung zwischen den drei Entwicklungstypen getroffen werden. Allerdings kann dies ebenfalls positiv gewertet und durch die vorliegende Arbeit verdeutlicht werden, dass jeder Projektentwickler eine andere Herangehensweise und Motivation für Partizipation offenbart.

Bei der Auswertung des Nutzens der partizipativen Verfahren wäre die Angabe der Kosten für das entsprechende Verfahren eine mögliche Grösse, um den Nutzen in Relation setzen zu können. Jedoch können die Kosten nicht erhoben werden, da die meisten Entwickler die Kosten derartiger Verfahren in den Planungskosten inkludieren. Dies

wäre ein Ansatzpunkt zur Verbesserung, sodass gezielt Projekte befragt werden, bei welchen der Nutzen zusätzlich in Relation zu den Kosten eines derartigen Verfahrens gesetzt werden kann, um eine Kosten-Nutzen-Analyse vornehmen zu können.

Ein weiterer Kritikpunkt der vorliegenden Thesis besteht darin, dass lediglich die Sicht der Projektentwickler widergespiegelt wird. Hingegen wäre die Sichtweise der Beteiligten zu den einzelnen Verfahren für eine Gegenüberstellung ebenfalls interessant gewesen. Ein Ansatzpunkt, diese Lücke zu schliessen, könnte sein, die Anzahl der befragten Projekte um die Hälfte zu reduzieren und beide Sichtweisen zu betrachten, jedoch ist dies auf Grund der Anonymität der Beteiligten und Datenschutzgründen nicht möglich gewesen.

Die Auswertung der Interviews zeigt ein gewisses Verbesserungspotenzial ebendieser. Beispielsweise könnte bei der Frage nach der Partizipationsart eine Definition durch den einzelnen Projektentwickler für die entsprechende Veranstaltung hilfreich sein, da sich im Gespräch herausgestellt hat, dass für die gleiche Methode drei verschiedene Bezeichnungen verwendet worden sind (bspw. für Soundingboards, Echoräume, -abende). Als Fazit kann konstatiert werden, dass das gewählte Untersuchungsdesign ausreichende Daten zur Beantwortung der Forschungsfragen liefern konnte. Speziell hat sich die aufbauende Struktur des Interviews bewährt, mit welcher der gesamte Prozess reflektiert werden konnte.

5.3 Ausblick

Aufgrund der vorgängig genannten Kritik wäre die Sicht der Beteiligten von partizipativen Verfahren interessant und die Stichprobe sollte dementsprechend erweitert werden. Dadurch könnte eine zweite Sichtweise beleuchtet und insbesondere die unterschiedlichen Wahrnehmungen zu derartigen partizipativen Verfahren herausgearbeitet werden. Ebenfalls könnten die spezifischen Bedürfnisse und Erwartungen der Beteiligten an partizipative Verfahren eruiert werden, um künftige Prozesse verbessern zu können. Um noch eine dritte Ebene zu integrieren, wäre die Sicht der Politik interessant, um zu erfahren, wie diese das Verfahren wahrnehmen und beurteilen würden. Zusätzlich könnte eruiert werden, ob durch den gezielten Einsatz von Social Media und Online-Partizipation (E-Partizipation⁵²) die jüngere Generation unter 35 Jahre sowie ein grösserer Teilnehmerkreis angesprochen und rekrutiert werden könnte.

⁵² Vgl. Stiftung Mitarbeit 2007

Als weiterer Ansatzpunkt wäre interessant, anhand von konkreten Projekten genau zu analysieren, welche Verbesserungen durch Partizipation erreicht werden können. Dazu müssten jegliche Planungsschritte und Parameter der Projekte vor und nach der Partizipation verglichen und untersucht werden.

Ausserdem könnten in Form eines Experiments die eruierten Erfolgsfaktoren für partizipative Verfahren aus Kapitel 4.4.4 gezielt angewendet werden, um daraus ableiten zu können, ob diese zu einem positiven Verfahren und Projektverlauf führen.

Ein weiterer Forschungsansatz bestünde darin eine internationale Untersuchung durchzuführen, um einen Vergleich zu erhalten, ob, wie und mit welchen Methoden sowie Erfolgsfaktoren im europäischen Ausland partizipiert wird.

Literaturverzeichnis

- Arbter, K. (2012a): Handbuch Bürgerbeteiligung. Für Land und Gemeinden, 2. Aufl., Bregenz 2012. Online verfügbar unter:
<http://www.vorarlberg.at/pdf/handbuchbuergerbeteiligun.pdf> [abgerufen am 07.03.2014]
- Arbter, K. (2012b): Praxishandbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln, Wien 2012. Online verfügbar unter:
<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008273.pdf> [abgerufen am 11.12.2013]
- Arnstein, S. (1969): A Ladder of Citizen Participation, in: Journal of the American Institute of Planners 35(1969)4, S. 216-224
- Best, H. (2007): Die Messung von Nutzen und subjektiven Wahrscheinlichkeiten; in: Methoden – Daten – Analysen. Zeitschrift für empirische Sozialforschung, 1(2007)2, S. 183-212. Online verfügbar unter:
http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/mda/Vol.1_Heft_2/MDA2_07_Gesamt.pdf [abgerufen am 11.04.2014]
- Bischoff, A./Selle, K./Sinning, H. (2001): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken, 3. Aufl., Dortmund 2001
- Brüsemeister, T. (2008): Qualitative Forschung. Ein Überblick, 2. Aufl., Wiesbaden 2008
- Cabane, P. (2008): Partizipation zwischen Dialog und Kalkül, in: Tec21 134(2008)49-50, S. 24-26
- Cropley, A. (2011): Qualitative Forschungsmethoden. Eine praxisnahe Einführung, 4. Aufl., Magdeburg 2011
- Dialog schafft Zukunft Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2012): Werkzeugkasten Dialog und Beteiligung, Düsseldorf 2012. Online verfügbar unter: http://www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDF/Werkzeugkasten_Dialog_und_Beteiligung.pdf [abgerufen am 07.03.2014]

- Flick, U. (2000): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, 5. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2000
- Flick, U./von Kardorff, E./Steinke, I. (Hrsg.) (2012): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 9. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2012
- Gläser, J./Laudel, G. (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 4. Aufl., Wiesbaden 2010
- Grüger, C./Koch, A./Schubert, A. (2006): Bürgerorientierte Kommune konkret!, in: Selle, K. (Hrsg.) (2006a): Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen. Erfahrungen. Folgerungen. Planung neu denken Bd. 2, Dortmund 2006, S. 528-540
- Häder, M. (2010): Empirische Sozialforschung. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010
- Hongler, H./Kunz, M./Prelicz-Huber, K./Wolff, R./Fricker, J. (2008): Mitreden – Mitgestalten – Mitentscheiden. Ein Reiseführer für partizipative Stadt-, Gemeinde- und Quartierentwicklung, Luzern 2008
- Ley, A./Weitz, L. (Hrsg.) (2009): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 3. Aufl., Bonn 2009
- Mayer, H. (2009): Interview und schriftliche Befragung, 5. Aufl., München 2009
- Nanz, P./Fritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure. Chancen und Grenzen, Bonn 2012
- Pahl-Weber, E. (2010): Informelle Planung in der Stadt- und Regionalplanung, in: Henckel, D./von Kuczkowski, K./Lau, P./Pahl-Weber, E./Stellmacher, F. (Hrsg.): Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch, Wiesbaden 2010, S. 227-232
- Postman, N. (2008): Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie, 18. Aufl., Frankfurt am Main 2008
- Rösener, B./Selle, K. (2005a): Information, Partizipation, Kooperation. Entwicklung und Stand der Diskussion zur bürgerorientierten Kommunikation in Stadt und Quartier, in: VHW Forum Wohnen und Stadtentwicklung (2005)6, S. 287-294

- Rösener, B./Selle, K. (Hrsg.) (2005b): Kommunikation gestalten. Beispiele und Erfahrungen aus der Praxis für die Praxis, Dortmund 2005
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hrsg.) (2012): Handbuch zur Partizipation, 2. Aufl., Berlin (2012). Online verfügbar unter:
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf [abgerufen am 11.12.2013]
- Selle, K. (2000): Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation, Dortmund 2000
- Selle, K. (Hrsg.) (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land, Dortmund 2005
- Selle, K. (Hrsg.) (2006): Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Planung neu denken Bd. 1, Dortmund 2006
- Selle, K. (2010): Partizipation – ein Leitbegriff im Wandel, in: Henckel, D./von Kuczowski, K./Lau, P./Pahl-Weber, E./Stellmacher, F. (Hrsg.): Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch, Wiesbaden 2010, S. 357-360
- Selle, K. (2011): Stuttgart 21 – nur „schlecht vermittelt“?. Warum Grossprojekte eine Herausforderung für die lokale politische Kultur bedeuten, in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) (2011): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen – Trends – Projekte, Bonn 2011
- Selle, K. (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe?, Detmold 2013
- Stadtentwicklung Zürich, Präsidialdepartement (Hrsg.) (2006): Leitfaden Mitwirkung Stadt Zürich. Eine Arbeitshilfe für die sozialräumliche Stadtentwicklung, Zürich 2006. Online verfügbar unter:
http://www.regiosuisse.ch/weiterbildung/abgeschlossene-angebote/lehrgang-regionalmanagement/lehrgang-rm2009-11/kurs4-prozessmanagement/RM_Kurs4_1_Zuerich_Arbeitshilfe_Leitfaden.pdf [abgerufen am 07.02.2014]

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) (2007): E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet,
Bonn 2007

Wagner, T. (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument,
Köln 2013

Gesetze

Bundesgesetz für Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG) Schweiz, 700, Stand
01. Mai 2014

Strassengesetz (StrG) Zürich, 722.1, Stand 27. September 1981

Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Planungs- und Baugesetz,
PBG) Zürich, 700.1, Stand 07. September 1975

Anhang

A1 Strukturiertes Interview



Universität
Zürich^{UZH}

Masterthese CUREM – Universität Zürich

„Nutzen partizipativer Verfahren aus Sicht der Projektentwickler“ Barbara S. Herrgott

Ort

Datum

Art des Interviews persönlich telefonisch

Name Interviewpartner

Organisation / Unternehmen

Gegenwärtige Funktion / Position

Jahrgang

Definition Partizipation:

Beteiligung von Stakeholder, wie einzelne Bürger, Interessensvertreter, Quartiervereine oder zukünftige Nutzer an einem Planungsvorhaben in Form von informieren, mitwirken oder mitbestimmen.

1. Für welche Projekte werden partizipative Verfahren durchgeführt? (Was/wo?)

1.1 Wie oft haben Sie bisher partizipative Verfahren durchgeführt?
.....

1.2 Für welches Projekt werden folgende Fragen beantwortet und warum?
.....
.....

1.3 Wer war der Auftraggeber/Initiator des Projektes?
.....

Wenn Sie selbst Initiator waren, wer hat für Sie die Projektentwicklung und insbesondere Partizipation ausgeführt?

a) Projektentwicklung

b) Partizipation

1.4 Was war/ist Ihre Rolle innerhalb des Projekts?

Was war/ist Ihre Rolle innerhalb der Partizipation?

1.5 Was war/ist das Ziel des Projekts? Richtplan
 Gestaltungsplan
 konkretes Projekt (Gebäude, Plätze etc.)

1.6 Fakten zum Projekt:

Grösse (Geschossfläche):

- 10'-30'000 m2
- 30'-50'000 m2
- 50'-70'000 m2
- 70'-90'000 m2
- m2

Nutzungen:

- Wohnen
- Gewerbe/Retail
- Büro
- Gastronomie
- Hotel
- öffentliche Infrastruktur (KiTa, Schule, Kulturzentrum etc.)
- öffentliche Plätzem2
-

Projektstart:

Projektende:

Derzeitiger Projektstand:

- Machbarkeitsstudie
- Wettbewerb
- Vorstudie
- Vorprojekt
- Bauprojekt
- Realisierung
- Betrieb
-

1.7 Weiteres Vorgehen, wenn Projekt noch nicht abgeschlossen ist:

1.8 Standortgemeinde des Projekts:

Entfernung zum Bahnhof:

Gebiet:

- Zentrum
- Wohnquartier
- gemischt genutztes Quartier (Wohnen/Arbeiten/Einkaufen)
- Industrie
- Industriebrache
- nicht erschlossen
-

Spezifische Lagequalität & Besonderheiten der Lage:

2. Was sind die Motive zur Durchführung eines partizipativen Verfahrens? (Warum?)

2.1 Was waren Ihre Motive zur Durchführung/Wahl eines partizipativen Verfahrens?

.....

3. Welche Partizipationsmethoden/-arten werden in der Praxis angewendet? (Wie/wann/was?)

3.1 Was war/ist die Basis des Projekts für die Partizipation? nichts
 Vision
 Ideenwettbewerb
 Projektwettbewerb

3.2 In welcher(n) Phase(n) des Projekts kam das Verfahren zum Einsatz? Vision
 Machbarkeitsstudie
 Projektidee
 Ideenwettbewerb/Programmdefinition
 städtebaulicher Wettbewerb
 architektonischer Wettbewerb
 Vorprojekt (nutzerspezifische Partizipation)
 Bauprojekt/Baueingabe (nutzerspezifische Partizipation)

3.3 Wie viel Spielraum hatten/haben die Beteiligten in der jeweiligen Phase der Partizipation? informieren
 (Bsp. mitwirken → Vision) mitwirken
 mitbestimmen

3.4 In welcher Phase wurde wie partizipiert?

3.5 Über welchen Zeitraum erstreckte sich das partizipative Verfahren?

3.6 Was war/ist die Zielgruppe für das Verfahren?

<p>3.7 Über welche Medienkanäle wurden die Beteiligten für die jeweilige Partizipationsart (Workshop, Gespräche, Ausstellungen etc.) rekrutiert? <i>(Bsp. Website → geführte Ausstellung)</i></p>	<p><input type="checkbox"/> Website</p> <p><input type="checkbox"/> Social Media</p> <p><input type="checkbox"/> Anzeige</p> <p><input type="checkbox"/> Flyer</p> <p><input type="checkbox"/> Werbung (Plakat)</p> <p><input type="checkbox"/> Zeitung</p> <p><input type="checkbox"/> Events</p> <p><input type="checkbox"/> Wurfsendung/Zeitungsbeilage</p> <p><input type="checkbox"/> Radio</p> <p><input type="checkbox"/> persönliche Einladung</p> <p><input type="checkbox"/> Mund zu Mund Propaganda</p> <p><input type="checkbox"/> Netzwerke</p> <p><input type="checkbox"/></p>
<p>3.8 Wie und über welche Plattform wurden die Ergebnisse der jeweiligen Partizipationsart den Beteiligten kommuniziert?</p> <p><i>Wie:</i> <i>(Bsp. Protokoll → Workshops)</i></p> <p><i>Plattform:</i></p>	<p><input type="checkbox"/> Medienmitteilung</p> <p><input type="checkbox"/> Protokoll</p> <p><input type="checkbox"/> Broschüre/Bericht</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/> Post</p> <p><input type="checkbox"/> E-Mail</p> <p><input type="checkbox"/> Zeitungsartikel</p> <p><input type="checkbox"/> Website</p> <p><input type="checkbox"/> Wurfsendung/Zeitungsbeilage</p> <p><input type="checkbox"/></p>
<p>3.9 Wurden die Adressen der Beteiligten gesammelt und wie wurden diese bedient (Newsletter etc.)?</p>	<p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>.....</p>
<p>3.10 Wurde das Verfahren selbst geplant und organisiert, oder mithilfe einer Firma, welche auf solche Verfahren spezialisiert ist?</p> <p><i>Wenn in Zusammenarbeit oder durch eine externe Firma: Namen, Art und Aufgabe der Partner:</i> <i>(Bsp. für die Moderation, für die Beratung der Konzeption etc.)</i></p>	<p><input type="checkbox"/> selbst</p> <p><input type="checkbox"/> selbst in Zusammenarbeit mit ... (siehe unten)</p> <p><input type="checkbox"/> extern</p> <p><input type="checkbox"/> Architekturbüro</p> <p>.....</p> <p><input type="checkbox"/> Kommunikationsbüro</p> <p>.....</p> <p><input type="checkbox"/> Prozessmanagementbüro</p> <p>.....</p> <p><input type="checkbox"/> Organisation- und Personalentwicklung</p> <p>.....</p> <p><input type="checkbox"/> Moderationsagentur</p> <p>.....</p> <p><input type="checkbox"/></p>

3.11 Haben Sie einen Standardprozess für partizipative
Verfahren oder wird für jedes Projekt ein individueller
Prozess entwickelt?

3.12 Was waren die ausschlaggebenden Kriterien für die
gewählte Methode?
.....
.....
.....

4. Welcher Nutzen und welche Erfolgsfaktoren werden durch Partizipationsprozesse generiert? (Welche?)

4.1 Waren oder sind Sie zufrieden mit der Beteiligung? (Wenn möglich Anzahl/Höhe der Beteiligung angeben)
.....
.....
.....
.....

4.2 Wenn das Projekt schon bewilligt wurde, wie viele
Einsprachen hatte das Projekt erhalten?

4.3 Wer hat sich primär am Verfahren beteiligt?

Alter: < 20
 20-34
 35-49
 50-65
 > 66
 jede Altersschicht, Tendenz

soziale Schicht: Oberschicht
 Mittelschicht
 Unterschicht
 gemischt

Geschlecht: überwiegend weiblich
 überwiegend männlich
 ausgeglichen

Herkunft der Beteiligten: Quartier
 angrenzende Gemeinde oder Teilorte
 Stadtgebiet
 Agglomeration
 Kanton
 restliche Schweiz
 Ausland

4.4 Konnte die definierte(n) Zielgruppe(n) angesprochen
werden? Wenn nein, warum nicht? ja nein
.....

-
- 4.5 Wie stand die Politik (Exekutive und Legislative) zu dem Verfahren? Konnte die Politik dafür gewonnen werden und wenn ja, wie? ja nein
-
- 4.6 Entwickelte das Verfahren eine positive oder negative Eigendynamik bei der Bevölkerung mit welcher nicht gerechnet wurde?
-
- 4.7 Wer und warum war von Anfang an gegen das Projekt oder das Verfahren?
-
- 4.8 Wer und warum kristallisierte sich im Verlauf des Prozesses als Gegner ...
a) des Projekts heraus?
- b) des Verfahrens heraus?
-
- 4.9 Wurden die Erwartungen an den Prozess erfüllt? ja nein
-
- 4.10 Wurden die Erwartungen der Beteiligten erfüllt?
-
-
-
- 4.11 Konnte zusätzlicher Nutzen generiert werden, mit welchem anfänglich nicht gerechnet wurde? ja nein
Wenn ja, welchen Nutzen?
-
- 4.12 Würden Sie nochmals ein partizipatives Verfahren durchführen? Wenn nein, warum nicht? ja nein
-
- 4.13 Was speziell hat sich bei dem bisherigen Verfahren bewährt?
-
- 4.14 Was würden Sie das nächste Mal anders machen?
-

A2 Übersicht Interviewpartner (anonymisiert)

Name	Projektentwickler	Unternehmen	Position	Jahrgang
Interviewpartner 1	Genossenschaft	Verband Wohnbaugenossenschaften	Stv. Geschäftsführer	1963
Interviewpartner 2	Genossenschaft	Wohnbaugenossenschaft	Geschäftsführer	1956
Interviewpartner 3	Genossenschaft	Bau- und Wohngenossenschaft	Vorstandsmitglied	1974
Interviewpartner 4	Genossenschaft	Bau- und Wohngenossenschaft	Vizepräsident	1965
Interviewpartner 5	Genossenschaft	Genossenschaft	Geschäftsführer	1960
Interviewpartner 6	Genossenschaft	Baugenossenschaft	Geschäftsführer	1962
Interviewpartner 7	Investor	Immobilienaktiengesellschaft	Projektleiter Entwicklung	1973
Interviewpartner 8	Investor	Spezialgesetzliche Aktiengesellschaft	Bereichsleiter	1959
Interviewpartner 9	Investor	Bau- und Immobiliendienstleister	Konzeptentwickler	1960
Interviewpartner 10*	Investor	Immobilien dienstleister	Abteilungsleiter Entwicklung	1956
Interviewpartner 11	Investor	Immobilien gesamt dienstleister	Leiter Portfolio management	1966
Interviewpartner 12	Investor	Finanzdienstleistungsunternehmen	Leiter Corporate Real Estate	1964
Interviewpartner 13	Investor	Immobilien gesellschaft	Arealentwickler	1978
Interviewpartner 14	Öffentliche Hand	Stadt: Tiefbauamt	Leiter Projektentwicklung	1965
Interviewpartner 15	Öffentliche Hand	Stadt: Bauamt	Stadtbaumeister	1949
Interviewpartner 16	Öffentliche Hand	Stadt: Bauamt	Leiter Bauamt	1966
Interviewpartner 17	Öffentliche Hand	Stadt: Stadtbauamt	Stadtbaumeister	1951
Interviewpartner 18	Öffentliche Hand	Gemeinde: Tiefbau	Leiter Tiefbau	1973
Interviewpartner 19	Öffentliche Hand	Gemeinde: Planung und Hochbau	Projektleiter	1971

* nicht verwendetes Interview

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit mit dem Thema „Nutzen partizipativer Verfahren aus Sicht der Projektentwickler“ selbstständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benutzt habe.

Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Schriften entnommen sind, habe ich in jedem einzelnen Falle durch Angabe der Quelle (auch der verwendeten Sekundärliteratur) als Entlehnung kenntlich gemacht.

Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen und wurde auch noch nicht veröffentlicht.

Küsnacht ZH, den 18. August 2014

Barbara S. Herrgott